

EVANGELISCHE
MONATSHEFTE
ZUR
GESELLSCHAFTSPOLITIK

9. JAHRGANG
DEZEMBER 1960

Die Mit- arbeit

Reform der Krankenversicherung - Worum geht es eigentlich?

Von ERICH STOLT

Nachdem schon seit 1945*) über eine Reform der sozialen Krankenversicherung diskutiert wird, seit Dezember 1958 sogar über einen konkreten Entwurf des zuständigen Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung und seit Januar 1960 über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, könnte die in der Überschrift gestellte Frage als längst überholt, weil durch das Faktum des Entwurfs klar beantwortet, erscheinen. Daß das nicht der Fall ist, beweist allein die Tatsache, daß sie den Fachleuten von Bundesbürgern der verschiedensten Observanz gerade jetzt, während der Sozialpolitische Ausschuß des Bundestages über die Gesetzesfassung berät, immer wieder gestellt wird. Ja, es scheint sogar nötig, daß die Politiker sie sich ganz nüchtern stellen.

Keine öffentliche Kritik an den Leistungen der Krankenversicherung

Daß es bei der Reform um den Versicherten, also um den Menschen gehen sollte, ist so häufig gesagt worden und so selbstverständlich, daß die Wiederholung banal klingt. Allerdings ergibt sich bei kühler Betrachtung, daß der Ausgangspunkt der Debatte über die Krankenversicherungsreform keineswegs die Sorge um das Wohl des Versicherten gewesen ist, also etwa eine Kritik an den Leistungen der Krankenversicherung oder an der Höhe der Beiträge, wie denn überhaupt von den Versicherten oder von den Arbeitnehmerorganisationen nicht der Anstoß zur Reformdebatte ausgegangen ist. In der Entschließung des Bundeskongresses 1954 des Deutschen Gewerkschaftsbundes

*) „Das deutsche Volk zur Reform der Sozialversicherung.“ Zeitschrift für Versicherungsschutz und Versicherungspraxis. September 1947.

zur Neuordnung des Sozialrechts wird zwar gefordert, daß die geltenden sozialrechtlichen Gesetze und Verordnungen klarer, übersichtlicher und gemeinverständlicher zu fassen seien. Außerdem forderte der DGB zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft Einrichtungen zur vorbeugenden Gesundheitsfürsorge, wirksamere Maßnahmen zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit für alle Arbeitnehmer und schließlich die Lohnfortzahlung beim Krankheitsfall auch für den Arbeiter. In Bezug auf die Leistungen wird aber nur kurz festgestellt: „Die ärztliche Versorgung der Versicherten muß an den Stand der medizinischen Wissenschaft angepaßt werden.“ Ähnlich der Bundeskongreß 1956. Die Forderungen sind also keineswegs substantiiert.

Neufassung der Versicherungs-Gesetzgebung dringend erforderlich

Ein knapper Überblick über die Reformdiskussion ist wohl angebracht. Er ist deshalb bedeutsam, weil als einer der Gründe für eine Reform die Feststellung erscheint, die deutsche Krankenversicherung sei als ein Werk Bismarcks vor 75 Jahren entstanden und müsse nun den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit angepaßt werden. Dabei können nicht alle Gesetze und Verordnungen aufgezählt werden, mit denen je nach den besonderen Zeitsituationen die Leistungen der Krankenversicherung modernisiert wurden und teilweise nicht unerheblich in ihr Gefüge eingegriffen worden ist. Das Bismarcksche Gesetz über die Krankenversicherung der Arbeiter erfuhr seine erste bedeutsame Neuregelung durch das Zweite Buch der Reichsversicherungsordnung (RVO) von 1911. Dieses Gesetzeswerk erscheint gerade jetzt bei dem Versuch einer Neukodifizierung als ein ungemein sorgfältig durchdachtes, trotz aller juristischen Feinheiten klar lesbares, auch dem Versicherten verständliches Werk, das Bewundern erregt. Nach langem Abstand, in dem aber das Krankenversicherungsrecht nicht von den Zeitverhältnissen unberührt blieb, ergingen bemerkenswerte Änderungen durch das Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung vom 5. 7. 1934, dem 17 Aufbauverordnungen folgten, und die Verordnung des Reichspräsidenten über Krankenversicherung vom 1. 3. 1933 mit insgesamt 13 Neuordnungsverordnungen.

Ein Grund — und kein geringer — für die Notwendigkeit einer Reform ergibt sich daraus, daß dieses Zweite Buch der RVO, das zuletzt in einer Bekanntmachung vom 15. 12. 1924 nach vielfachen Änderungen, die es unübersichtlich machten, neu gefaßt wurde, in den vergangenen weiteren Jahrzehnten durch Anpassungen an Zeitverhältnisse — vielfach sehr kurzlebige — ergänzt und verändert worden ist. So ist das Recht der sozialen Krankenversicherung heute in einer Fülle von Rechtsetzungen zersplittert, fast unübersehbar, selbst für den Fachmann ein Buch mit vielen Geheimnissen.

Gleichsam als Vorergebnis unserer Überlegung ist festzustellen: Bei der Reform der Krankenversicherung geht es um eine Neukodifikation, die die Fülle der noch geltenden Rechtsetzungen zusammenfaßt und in einem neuen Zweiten Buch der RVO übersichtlich und systematisch ordnet.

Schon das Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung vom 5. 7. 1934 wollte der Ausgangspunkt für eine tiefgreifende zeitgerechte Reform sein. Es blieb ein Torso. Im Grunde war es eine überaus klug errichtete Barriere gegen nationalsozialistische Bestrebungen, die soziale Krankenversicherung zu einer Parteidomäne zu machen. Das Gesetz hatte fast ausschließlich organisatorische

Ziele. Es heißt aber auch in dem Handkommentar „Die Gesetzgebung über den Ausbau der Sozialversicherung“ von Dr. Krohn, Dr. Zschimmer, Eckert, Dr. Knolle und Sauerborn: „Das letzte Ziel ist die Schaffung einer neuen Reichsversicherungsordnung, die das gesamte soziale Versicherungswesen übersichtlich und in volkstümlicher Rechtsprache zusammenfaßt.“

Bundesregierung: Beibehaltung der gegliederten Sozialversicherung!

Das Gesetz wollte aber auch der Zersplitterung der Versicherungsträger und dem Nebeneinander der Versicherungszweige entgegenwirken. Der Streit um die Organisation der Sozialversicherung, also auch um die Frage, ob in der Krankenversicherung die Orts-, Betriebs-, Land- und Innungskrankenkassen, die knappschaftlichen Krankenkassen, die Seekrankenkasse und die Ersatzkassen weiter nebeneinander bestehen sollen oder ob stattdessen eine Einheitsversicherung, wenn nicht gar eine Staatsbürgerversorgung eingeführt werden soll, hat lange Zeit, zuletzt wieder nach 1945, die öffentliche Diskussion beherrscht.

Der jetzt zur Debatte stehende Regierungsentwurf zum Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz hat sich wie alle vorhergehenden Reformen der Krankenversicherung für die Beibehaltung der gegliederten Sozialversicherung entschieden. Bei der Reform der Krankenversicherung geht es also diesmal nicht um eine Neuorganisation der Sozialversicherung, vor allem nicht um die Schaffung einer Einheitsversicherung oder gar einer Staatsbürgerversorgung, wie sie nach 1945 nach dem Vorbild des englischen staatlichen Gesundheitsdienstes empfohlen worden war.

Seit Bismarck bedeutsamer Ausbau der Krankenversicherung

In der zurückliegenden Zeit sind die Leistungen der Krankenversicherung bemerkenswert ausgebaut worden. Aus der Kriegswochenhilfe entstanden die Leistungen der Wochenhilfe und Familienwochenhilfe. Mit den Erlassen des Reichsarbeitsministers vom 2. 11. 1943 und 20. 5. 1941 / 2. 11. 1943 wurden die sogenannte Aussteuerung bei ambulanter Krankenpflege aufgehoben, das heißt, die unbegrenzte Gewährung von Krankenpflege festgelegt und außerdem die Leistungen bei Zahnersatz ausgestaltet. Durch die Verordnung vom 17. 3. 1945 wurde festgelegt, daß für die Familienangehörigen die Krankenpflege und an deren Stelle Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus (Krankenhauspflege) unter den gleichen Voraussetzungen und in gleichem Umfange wie den Versicherten selbst zu gewähren ist.

Es wird bei der Diskussion über die Krankenversicherung vergessen, daß seit Erlaß des Bismarckschen Krankenversicherungsgesetzes und der späteren Reichsversicherungsordnung die Leistungen der Krankenversicherung überaus bedeutsam ausgebaut worden sind, so daß sie auch heute den Vergleich mit denen anderer Länder keineswegs zu scheuen brauchen.

So kann denn der erste Satz der Begründung zum Regierungsentwurf über die Krankenversicherungs-Neuregelung: „Das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung ist seit 75 Jahren in seinen Grundsätzen unangetastet geblieben“ kaum cum grano salis, kaum mit einem Körnchen Salz, sondern bestenfalls mit einem

Scheffel Salz gelten. Schon im nächsten Absatz stellt die Begründung auch fest: „Die Einrichtungen der gesetzlichen Krankenversicherung haben sich in der Vergangenheit bewährt.“ Sie fährt aber fort: „Nunmehr ist es aber notwendig, sie an die Forderungen der modernen Krankenversicherung anzupassen. Eine völlige Umwandlung des Bestehenden erscheint angesichts der Tatsache, daß die Krankenversicherung auch heute noch ihre Aufgabe, Helfer des in abhängiger Beschäftigung tätigen Menschen im Falle der Krankheit und der Mutterschaft zu sein, im wesentlichen gerecht wird, nicht erforderlich.“

Krankenversicherungsreform — Anpassung an fortschreitende Entwicklung

Bei der Reform geht es also nicht um eine unaufschiebbare Aufgabe, die unhaltbare Zustände beheben müßte. Es handelt sich um eine Anpassung, eine Fortentwicklung, wie sie in der Vergangenheit mehrfach vorgenommen wurde, zum Teil nur um die gesetzliche Fixierung von Leistungen, die die Satzungen einer mehr oder weniger großen Zahl von Krankenkassen kraft Selbstverwaltung schon vorsehen. Das wird im Folgenden noch deutlich werden.

Die amtliche Begründung zum Gesetzentwurf stellt in ihrem allgemeinen Teil fest (hier gekürzt wiedergegeben): „Grundsätze der Neuordnung sind:

1. Das Prinzip der Subsidiarität soll beibehalten und betont werden, das bedeutet, daß der Zwang, der Versicherten-Gemeinschaft anzugehören, auf die Personenkreise beschränkt wird, die gegen das Risiko Krankheit sicherungsbedürftig erscheinen und denen zugemutet werden kann, selbst Vorsorge zu treffen. Der Entwurf hält an der Versicherungspflichtgrenze von 660 DM fest. Die bisher versicherungspflichtigen Selbständigen werden aus der Versicherungspflicht entlassen.
2. Das Recht der Krankenversicherung soll nach Möglichkeit im Zweiten Buch der RVO zusammengefaßt werden.
3. Der Versicherungsschutz soll im Verlaufe eines Arbeitslebens mit Wahrscheinlichkeit eintretende Situationen einschließen. Er soll auch für Zeiten aufrechterhalten bleiben, in denen die Beschäftigung durch Umstände unterbrochen wird, mit denen der Arbeitnehmer im Laufe seines Arbeitslebens rechnen muß. Damit trägt der Entwurf der Forderung Rechnung, daß die Krankenversicherung den arbeitenden Menschen von der Arbeitsaufnahme bis an sein Lebensende betreuen soll, wenn nicht besondere Umstände es rechtfertigen, ihn aus diesem Schutz zu entlassen.“

Der Streit um den Personenkreis, der der Versicherungspflicht unterworfen sein oder das Recht haben soll, außerhalb dieses Kreises der Versicherung freiwillig weiter anzugehören oder neu beizutreten, ist so alt wie die Sozialversicherung überhaupt. Inzwischen hat der Sozialpolitische Ausschuß des Bundestages die Versicherungspflichtgrenze von 660 auf 750 DM zu erhöhen beschlossen. Die Berechtigung, der Krankenkasse freiwillig anzugehören, soll enden, sobald ein Jahreseinkommen von 15 000 DM überschritten ist, sofern nicht der Versicherte der Versicherung bereits 20 Jahre angehört oder das 40. Lebensjahr überschritten hat. Solche Anpassungen an die wirtschaftlichen Verhältnisse sind keineswegs neu. Sie sind nicht eigentlicher Anlaß zu einer grundsätzlichen Reform.

Daß Selbständige aus der Versicherungspflicht entlassen werden, ist in gewissem Umfange begründet, allerdings erscheint es eigenartig, daß das hier als ein wesentlicher Inhalt der Form deklariert wird, während zum gleichen Zeitpunkt Handwerk, Landwirtschaft und freie Berufe auf dem Gebiet der Alters- und Hinterbliebenenversorgung auf die Statuierung einer Pflichtversicherung drängen.

Zur Beurteilung der vorgesehenen Leistungsverbesserungen

Der Entwurf zum Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz enthält folgende Leistungsverbesserungen:

1. Die Einführung einer Vorsorgehilfe, die ärztliche und zahnärztliche Vorsorgeuntersuchungen, Vorsorgekuren und sonstige Maßnahmen im Einzelfall sowie allgemeine Maßnahmen umfassen soll.
2. Die unbegrenzte Gewährung nicht nur von ambulanter Krankenpflege, sondern auch von Krankenhauspflege als gesetzlicher Pflichtleistung.
3. Die unbegrenzte Gewährung von Krankengeld.

Er entspricht damit Forderungen, die lange erhoben worden sind und deren Berechtigung niemand bestreiten wird.

Es darf jedoch nicht der Eindruck bestehen bleiben, als sei die Gewährung von Vorsorgehilfe etwas umstürzend Neues. Sofern der einzelne Versicherte den Arzt oder Zahnarzt aufsuchte, um lediglich vorsorglich seinen Gesundheitszustand überprüfen zu lassen, hat gewiß keine Krankenkasse das behindert oder dem Arzt die Honorierung dafür verweigert. § 187 Ziffer 4 RVO ermächtigt ohnehin die Kasse schon heute, in der Satzung Maßnahmen zur Verhütung von Erkrankungen der einzelnen Kassenmitglieder vorzusehen. § 363 RVO bestimmt zusätzlich, daß die Mittel der Krankenkasse auch für Zwecke der besonderen oder allgemeinen Krankheitsverhütung verwendet werden dürfen. Das ist weitgehend geschehen.

Wichtig ist aber zweifellos, daß die Vorsorgehilfe jetzt ausdrücklich als gesetzliche Leistung statuiert wird, wobei hier lediglich erwähnt werden soll, daß nach allgemeiner Auffassung die Formulierungen des Gesetzentwurfs den praktischen Gegebenheiten nicht entsprechen. Der Bundestag wird deshalb, wie schon jetzt nach den Beratungen im Ausschuß vorausgesagt werden kann, der Selbstverwaltung der Kassen weitgehend Spielraum lassen, um die jeweils sinnvollste Lösung für die Durchführung von Vorsorgeuntersuchungen und Vorsorgekuren zu treffen.

Es würde auch irreführen, die Statuierung der Krankenhauspflege als eine bisher unterbliebene Leistungserweiterung darzustellen. Jede Krankenkasse sieht in ihrer Satzung die Gewährung von Krankenhauspflege vor. Damit hat jeder Versicherte, sofern die medizinischen Voraussetzungen gegeben sind und ein Krankenhausbett zur Verfügung steht, ein Recht auf diese Leistungen.

Es ist aber durchaus folgerichtig und entspricht alten sozialpolitischen Forderungen, wenn die bisher gesetzlich vorgesehene zeitliche Begrenzung für die Gewährung von Krankenhauspflege aufgehoben wird. Daß diese Leistungen de jure noch begrenzt werden — das gilt auch für die Krankengeldgewährung —, braucht hier nicht mehr dargelegt zu werden. Die Begrenzung auf 78 Wochen

innerhalb von drei Jahren bei derselben Krankheit will lediglich eine Abgrenzung der Leistungspflicht der Krankenkassen gegenüber der Rentenversicherung festlegen.

Ebenso sinnvoll ist die im Grundsatz zeitlich unbegrenzte Gewährung von Krankengeld. Es war widersinnig, daß der Anspruch auf Krankenhauspflege und auf Krankengeld nach 25, 39 oder 52 Wochen aufhören mußte, wo doch die Not dann am größten war, sofern nicht andere Träger der Sozialversicherung leistungs verpflichtet waren.

Gewiß gibt es eine Reihe von Krankenkassen, die schon lange Krankenhauspflege und Krankengeld bis zur Dauer von 52 Wochen gewährten; so z. B. alle Ersatzkassen. Dennoch ist die nun gewollte gesetzliche Verpflichtung zur weitergehenden Leistung bedeutungsvoll. Sie ist ein wesentliches Stück der Reform.

Die Kostenbeteiligung als Mittel der Finanzpolitik

Die Debatte über die Reform hat nach diesem Kriege und entscheidend im Frühjahr 1958 nach der Grippeepidemie 1957 den wichtigsten Anstoß durch die Sorge darum bekommen, ob es möglich sein würde, die Beitragssätze der Krankenkassen wieder zu erhöhen. Abgesehen von dieser Grippeepidemie, deren Wirkung durch das Inkrafttreten des Lohnfortzahlungsgesetzes verstärkt wurde, beobachteten die Fachleute seit Jahren, daß die Kosten der KV anscheinend unaufhaltsam steigen. Es stellt sich also unabweislich die Frage, ob dieser Kostensteigerung und durch welche Mittel ihr entgegengewirkt werden kann. Niemand will einen Leistungsabbau. Auch eine Verminderung oder Beseitigung der bisher eingeführten sogenannten Mehrleistungen wäre sozialpolitisch weder wünschenswert noch finanziell von wesentlicher Bedeutung. Der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung betrug nach dem Stande vom 1. 4. 1960 8,42 Prozent des Grundlohnes. Der höchste Beitragssatz, den zum gleichen Zeitpunkt eine Krankenkasse erhob, betrug 9,9 Prozent. Die Frage, ob die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit die Aufwendung eines so großen Anteils vom Arbeitsverdienst rechtfertigt, ist bisher kaum erörtert worden. Es wird aber schwer sein, sie zu verneinen. Ebenso müßte klar sein, daß Aufwendungen auf diesem Gebiet wichtiger sind als die z. B. für Genußmittel.

Die Kosten der Krankheit sind aus einer Fülle sich überlagernder Gründe gestiegen. Dabei ist die Steigerung der Fallkosten keineswegs bedeutsam. Wichtiger ist, daß die Hilfe des Arztes häufiger in Anspruch genommen wird. Der Aufwand an Arzneien ist gestiegen und wiederum macht dabei die Preissteigerung nicht den größten Anteil aus. Es läßt sich nicht einmal sagen, daß die modernen wissenschaftlichen Heilmethoden den Ausschlag für die Kostensteigerung geben.

Die Erhöhung der Krankenpflegekosten ist offenkundig eine Folge größerer Anfälligkeit, erheblich verstärkter Sorge um das eigene Wohl, die im übrigen durch Propaganda sowohl aus volksgesundheitlichen als wirtschaftlichen Gründen gefördert wird, ferner die Überforderung in der Arbeit und im Verkehr usw. Sie macht den Franzosen, den Schweizern, den Engländern, den Österreichern usw. die gleiche Sorge wie uns, obgleich die Systeme der KV in all diesen Ländern verschieden sind. Diese Kostensteigerung belastet

bemerkenswerterweise auch die Krankenversicherungen der Länder, in denen die Versicherten neben dem Beitrag zu einer Kostenbeteiligung herangezogen werden.

Der Regierungsentwurf zum KVNG begründet sein Bestreben, eine Kostenbeteiligung einzuführen, wie folgt: „Dabei war zu berücksichtigen, daß das Ansteigen der Kosten nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen ist, daß sich die Einstellung der Menschen der Krankheit gegenüber gewandelt hat. Die Krankenversicherung wird heute vielfach nicht mehr als eine Risikoversicherung empfunden, als die Sicherung gegen eine Gefahr, die eintreten kann, aber nicht eintreten muß, sondern auch als eine Einrichtung, die regelmäßig entstehende Aufwendungen für das Aufsuchen des Arztes und den Verbrauch von Arzneien tragen soll. Der Entwurf will bei etwa gleichem Ausgabenvolumen die Verlagerung des Schwerpunktes der Leistungen von der kurzen auf die langdauernde Krankheit dadurch ermöglichen, daß eine Kostenbeteiligung eingeführt wird.“

Die Kostenbeteiligung soll also eine finanzpolitische Aufgabe erfüllen. In der Debatte ist das verbrämt worden. Auch wenn sie als ein Mittel zur Steigerung oder Bildung von Verantwortungsbewußtsein bezeichnet wird, bleibt ihre finanzielle Zwecksetzung unberührt. Daß die pädagogische, gleichsam volkerzieherische Wirkung der Kostenbeteiligung sehr fragwürdig ist, braucht hier gewiß nicht gesagt zu werden. Schon in der Einführung zu dem bereits genannten Kommentar heißt es: „Alle äußerlichen Maßnahmen müssen aber Stückwerk bleiben, wenn sie nicht durch innere Neugestaltung der Versicherungsgemeinschaft belebt werden. Auf die Wiedererweckung des echten Gemeinschaftsgeistes in der Sozialversicherung kommt es vor allem an.“ Es ist wohl nicht unberechtigt, zu folgern, daß die Verfasser des Kommentars zu den äußerlichen Maßnahmen auch eine gesetzlich eingeführte Kostenbeteiligung gerechnet haben oder rechnen würden. Die meisten von ihnen haben an der Einführung der Verordnungsblatt- und der Krankenscheingebühr mitgewirkt. Sie haben diese Maßnahmen eindeutig als Finanzierungsmittel, als zusätzliche Verwaltungsgebühr einerseits und als eine Barriere gegen unberechtigte Leistungsanspruchnahme andererseits betrachtet.

Reduzierung der Vollversicherung auf eine Teilversicherung?

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat bei den Erörterungen über den Gesetzentwurf mehrfach davon gesprochen, daß mit ihm ein Stilwandel in der Sozialpolitik der Bundesrepublik beabsichtigt sei. Anlaß für diese gewichtige Bezeichnung gibt lediglich die Absicht, den Versicherten außer seinem Beitrag jeweils an den Kosten der Krankenhilfe zu beteiligen.

Es ist zweifellos erwägenswert, ob der Arbeitnehmer von heute, der gewiß nicht mehr dem Proletarier von damals gleicht, noch einer Krankenversicherung bedarf, die gegen Zahlung eines nicht geringen Lohnanteils — der noch dazu unmittelbar vom Arbeitgeber einbehalten, also vielfach gar nicht als Lohnanteil bewußt wird — sämtliche Kosten der Krankenhilfe und im Wochenhilfefall übernimmt und außerdem den größten Teil des Arbeitsverdienstes sichert. Die vorgeschlagene Kostenbeteiligung hat die Gemüter so stark erregt, daß die Entscheidung darüber ein Politikum geworden ist. Auf jeden Fall darf nicht übersehen werden, daß trotz des Wirtschaftswunders ein nicht geringer Teil von Arbeitnehmern, vor allem Verheiratete, nicht ohne weiteres in der Lage ist,

Kostenanteile für Krankenhilfe zu übernehmen. Sobald aber Ausnahmen vorgesehen werden, vermehrt sich der Verwaltungsaufwand.

Was das Bundesarbeitsministerium im Auge hat, ist im Grunde genommen die Reduzierung der Vollversicherung auf eine Teilversicherung. Das ist keineswegs eine auf jeden Fall von vornherein als unsozial zu verurteilende Absicht, zumal wenn dadurch der Beitrag gesenkt würde. Auf alle Fälle würde aber im Blick der Öffentlichkeit jede dahin zielende Maßnahme als eine Reduzierung des geltenden Rechts empfunden werden und auf Widerstand stoßen. Unabhängig davon erscheint ein solcher neuer Stil angesichts der in Deutschland wie international geförderten Bestrebung, Umfang und Ausmaß der sozialen Hilfen lückenlos auszubauen, widersprüchlich. Aber lassen wir diese politische Frage beiseite.

Entscheidend ist wohl, daß bis zur Stunde trotz der zahllosen Angebote kein System einer Kostenbeteiligung ausfindig gemacht werden konnte, dessen Vorzüge seine Mängel ausgleichen oder gar überspielen. Offenkundig sind die Beratungen z. B. der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung und der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt unbeachtet geblieben, die beide in ihren ausführlichen Gutachten trotz gedanklicher Hinneigung zur Idee der Kostenbeteiligung nicht in der Lage gewesen sind, ein praktikierbares System vorzuschlagen. Das Gutachten der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt stellt sogar fest, die Beratungen hätten ergeben, daß „jedenfalls nicht mit Sicherheit eine wesentliche und nachhaltige Beeinflussung der Inanspruchnahme und Gewährung ärztlicher Leistungen durch Selbstbeteiligung — wie immer sie auch im einzelnen gestaltet sein mag — erwartet werden kann“. Die neuerdings in der CDU/CSU-Fraktion erörterten Pläne zur Kostenbeteiligung ergäben noch mehr als die vorher gemachten, daß der erforderliche Verwaltungsaufwand ihren materiellen Ertrag übersteigen würde. Der erwartete pädagogische Effekt würde keinesfalls eintreten.

Patient — Arzt — Krankenkasse

Es soll bei der Reform nicht zuletzt auch um eine Bereinigung der Beziehungen Patient — Arzt — Krankenkasse gehen. Das Arztrecht ist 1955 auf Grund einer Vorlage des BMA ausdrücklich als eine Vorausregelung für die Reform erlassen worden. Es läßt weitgehende Vertragsfreiheit und vor allem auch zu, daß an Stelle der jetzt bei der Mehrzahl der gesetzlichen Krankenkassen üblichen Gesamtvergütung auf Grund der Einzelleistungsabrechnung die Vergütung nach Einzelleistungen tritt.

Der Gesetzentwurf sieht zwingend und ausschließlich Einzelleistungsbezahlung vor. Das entspricht einer alten ärztlichen Forderung. Die Bezahlung nach Einzelleistungen, wie sie die Ersatzkassen seit langem vertraglich vereinbart haben, ist zweifellos die gerechteste. Daß sie nur bei einem gut ausgeprägten Vertrauensverhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen nicht eine Mehrbelastung der Krankenkassen ergibt, ist zweifelsfrei.

Der Widerstand der Ärzte, der Ersatzkassen und der Angestelltenverbände, aber auch anderer Gruppen, auch von Parteien, richtet sich gegen die Tendenz des Gesetzentwurfs, die Verträge zwischen den Krankenkassen und den Ärzten weitgehend durch gesetzliche Bestimmungen zu ersetzen.

Das BMA ist ganz offenkundig von den ärztlich inspirierten Presseveröffentlichungen, in denen der Eindruck erweckt wurde, die Ärzte litten infolge der Vertragspolitik der Krankenkassen Not, zu der Meinung geführt worden, eine Neuregelung des Arztrechts sei unumgänglich. Heute betonen die großen Ärzteorganisationen, daß das 1955 erlassene Arztrecht keiner Änderung bedürfe. Das ist sicherlich die Meinung der großen Mehrheit der Ärzte, deren Honorareinkommen sich in den letzten Jahren überaus befriedigend entwickelt hat.

Die Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen erkennen die Berechtigung der Forderung an, die ärztliche Einzelleistung zu bezahlen; sie stimmen aber darin überein, daß eine Einzelleistungsbezahlung ohne eine gleichwie geartete Begrenzung nach oben untragbare Belastungen bringen würde. Viele von ihnen begrüßen die im Gesetzentwurf vorgesehene Gebührenordnung, die für alle Krankenkassen gelten soll, weil sie meinen, daß dadurch „gleiche Startbedingungen“ für alle Kassen geschaffen sein würden. Daß das ein Fehlschluß ist, sei hier nur vermerkt.

Inzwischen will das BMA nur eine Gebührenansatzverordnung gesetzlich vorschreiben; es will also nur ein Gerippe einer Gebührenordnung schaffen, ohne die Bewertung der Leistungen, also die Gebühren festzulegen. Die Wertansätze sollen vertraglich vereinbart werden. Der inzwischen den Beteiligten zugegangene Entwurf dieser Gebührenansatzverordnung vermeidet merkwürdigerweise jede Ähnlichkeit mit den heute gebräuchlichen Gebührenordnungen und läßt infolgedessen jede Rücksicht auf die Praxis vermissen.

Es sollte bei der Reform nicht darum gehen, das Rechtsverhältnis Arzt — Krankenkasse gesetzlich zu reglementieren, sondern die Vertragsfreiheit bestehen zu lassen, zumal bei der Entwicklung der medizinischen Erkenntnisse und der soziologischen Gegebenheiten ständig eine Anpassung eben an diese Gegebenheiten erforderlich ist. Es sollte eigentlich bei der Reform darum gehen, den Grundsatz zu praktizieren, dem offenbar auch der Herr Bundesminister für Arbeit zustimmt: „So wenig staatlichen Einfluß wie nötig, so viel Selbstverwaltung wie möglich.“

Lohnfortzahlung: Eckstein der Krankenversicherungsreform

Die Beratungen des Ausschusses Sozialpolitik des Bundestages haben bisher nur Beschlüsse über den ersten Abschnitt des Gesetzentwurfs „Aufgabe der Versicherung und Kreis der versicherten Personen“ ergeben. Über die Erörterungen innerhalb der CDU/CSU ist in der Presse vielfach berichtet worden. Dadurch sind die Gegensätze innerhalb der Fraktion deutlich geworden. Die verschiedenen Auffassungen zur Frage Selbstkostenbeteiligung werden neuerdings weitgehend von den schwerwiegenden Differenzen in der Frage Lohnfortzahlung überschattet. Die Bundesregierung hat die Lohnfortzahlung mit einem besonderen Gesetz regeln wollen. Inzwischen scheint es klar zu sein, daß eine irgendwie geartete Kostenbeteiligung selbst in der gemäßigten Form einer Krankenschein- und Verordnungsblattgebühr nur in Verbindung mit einer Garantie von 100 Prozent des Arbeitslohns für den Krankheitsfall im Bundestag durchgesetzt werden kann, wobei sich außerdem keine Mehrbelastung der Arbeitnehmer etwa durch eine Verlagerung dieser Lohnfortzahlung auf die Krankenkasse durch Erhöhung des Krankengeldes ergeben dürfte.

So ist jetzt die Lohnfortzahlung der Eckstein für die Krankenversicherungsreform geworden. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß es sich dabei um ein rein arbeitsrechtliches Problem handelt, das nur aus taktischen Gründen mit der Krankengeldzahlung verquickt worden ist. Das Lohnfortzahlungsgesetz hat bereits die Krankenkassen mit dem Kompromiß Erhöhung des Krankengeldes und Zuschuß des Arbeitgebers zu diesem erhöhten Krankengeld fühlbar belastet. Die Reform sollte jede weitere Belastung der Krankenversicherung durch Fremdaufgaben vermeiden, wie der Regierungsentwurf das auch will. Es geht auch darum, daß die Krankenkassen nicht weiter als Mädchen für alles ausgenutzt werden und daß sie zumindest für die Erfüllung von Fremdaufgaben die ihnen entstehenden Kosten vollständig erstattet bekommen.

Das evangelische Verständnis des Sonntags

Eine biblische Besinnung und ihre Folgerungen für unsere Zeit

Von WALTHER HUNZINGER

Die Bundesregierung bereitet gegenwärtig eine Rechtsverordnung vor, die das Ausmaß erlaubter Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie regeln soll. Die Stahlindustrie, die Gewerkschaften — aber auch die Kirchen haben sich zu Wort gemeldet. Nachdem wir im Oktober die Stimmen für und wider die Sonntagsarbeit registriert haben, erscheint es uns notwendig, das evangelische Verständnis des Sonntags nach den Aussagen der Bibel zu begründen. Unser Autor weist darum anhand biblischer Texte zunächst nach, wie im Lauf der Geschichte das Feiertagsgebot bedeutsame Wandlungen erfahren hat, um dann im zweiten Teil Folgerungen für die Ordnung des Sonntags heute — im Zeitalter der Industrialisierung und Arbeitsteilung — zu ziehen.

Ein eigentliches Gebot der Sonntagsheiligung gibt es in der Bibel nicht. Das wird für viele eine überraschende Feststellung sein; denn jedermann kennt doch das 3. — oder nach der reformierten Zählung das 4. — Gebot: „Du sollst den Feiertag heiligen.“ Aber dieses Gebot lautet in der Bibel nicht so allgemein wie im Lutherischen oder Heidelberger Katechismus. Es heißt: „Gedenke des Sabbattages, daß du ihn heilig haltest. Sechs Tage sollst du arbeiten und all dein Werk tun, aber der 7. Tag ist ein Ruhetag, dem Herrn, deinem Gott, geweiht“ (2. Mose 20, 8 ff.)*) Das alttestamentliche Gebot handelt also nicht vom Feiertag im allgemeinen, sondern von einem bestimmten Feiertag — und dieser bestimmte Feiertag ist als der 7. Tag der Woche der Sabbat und nicht der Sonntag.

Der Sonntag ist ein Tag der Christenheit, und zwar der erste Tag der Woche, der Tag, der dem Sabbat folgt. Die Christenheit hat also einen eigenen Feiertag, der nicht einfach mit dem alttestamentlichen Feiertag identisch ist — und für den deshalb auch nicht ohne weiteres das 3. bzw. 4. Gebot des Mose in Anspruch genommen werden kann.

Andererseits besteht offensichtlich ein Zusammenhang zwischen beiden Tagen, sofern auch der Sonntag ein im Laufe einer Woche wiederkehrender Feiertag ist, also den gleichen Arbeitsrhythmus voraussetzt wie der Sabbat. Soweit hat also die Christenheit das Vorbild des Sabbat auf jeden Fall übernommen. Wieweit das nicht nur in dieser formalen Hinsicht, sondern auch in sachlicher Beziehung gilt, werden wir sehen müssen.

Der Sabbat im Alten Testament

1. Mose 2, 1-3 wird die Heiligung des 7. Tages im Schöpfungswerk Gottes am Anfang der Welt begründet. Aber bei 1. Mose 1-2, 1-4 handelt es sich — darüber besteht heute in der alt-

testamentlichen Forschung „absolute Einhelligkeit“ (v. Rad) — um ein sehr spätes Stück des Alten Testaments; es gehört zur sogenannten Priesterschrift, deren Entstehung allgemein in die

*) Es wird durchgehend nach der Zürcher Bibel zitiert.

nachexilische Zeit gesetzt wird. Der Sabbat als Fest in Israel ist aber einerseits älter als das Exil, andererseits jünger als der Anfang der Welt.

Die ältesten Quellen für den Sabbat als israelitisches Fest gehören ins 9. und 8. Jahrhundert vor Christus — also in die Zeit der alten Propheten: Amos 8, 4 f.; Hosea 2, 11; 2. Mose 23, 12. 34, 21. Der Sabbat ist ein Ruhetag — aber diese Ruhe bedeutet noch nicht — wie später — Verbot jedes Tuns. Er ist ein Tag des „Aufatmens“ für Mensch und Vieh (2. Mose 23, 12) und des fröhlichen Feierns (Hosea 2, 11); man macht kleinere Reisen (2. Kön. 4, 22 ff.). Am Sabbat zieht die Tempel- und Palastwache auf (2. Kön. 11, 5 f., 9.) Wohl zu unterscheiden von dieser schon in vorexilischer Zeit bezeugten Sabbatfeier als fröhlichem, mit erhol-samer Arbeitsruhe verbundenem Opferfest, ist der Sabbat, wie er sich in der Zeit des Exils und nach dem Exil im späteren Judentum entwickelt hat. Erst in dieser kultlosen Zeit erhält der Sabbat die für Israel geradezu entscheidende Bedeutung, wie wir sie auch aus dem Neuen Testament und bis auf den heutigen Tag kennen.

Charakteristisch dafür sind im Alten Testament Stellen wie Hes. 20, 16. Der Sabbat wird geradezu zum Zeichen des Bundes zwischen Israel und Gott und damit — ähnlich wie die Beschneidung — zum unterscheidenden Kennzeichen Israels unter den Völkern der Heiden. In diesen nachexilischen Quellen begegnet uns schon der Sabbat mit all den aus dem Neuen Testament bekannten Zügen strengster Arbeitsruhe, vgl. (Trito) Jes. 58, 13 f und ein unechtes Jeremiastück Jer. 17, 24 f (hier wird vom Halten des Sabbats eschatologisch Heil oder Untergang Jerusalems abhängig gemacht). Ja — es geht jetzt so weit, daß auf Arbeit am Sabbat Todesstrafe steht (2. Mose 31, 12—18). Daß diese Gesetzlichkeit des Sabbat bei aller sinnlosen kultischen Strenge auch ihre erschütternd große Seite haben kann —, dafür finden wir ein Zeugnis im 1. Makk.-Buch 2, 31 ff. Die vor dem König Antiochus geflohenen Frommen in Israel werden am Sabbat in der Wüste angegriffen

und lassen sich lieber töten, als daß sie am Sabbat kämpften.

In diese nachexilische — also späte — Zeit gehört nun wohl auch die jetzige Fassung des 3. bzw. 4. Gebots mit der feierlichen Einleitungsformel: „Gedenke des Sabbattages, daß du ihn heiligst“ (2. Mose 20, 8 ff) und damit die Begründung dieses Gebots in der Schöpfungsrue Gottes selbst — wie sie der priesterlichen Schöpfungsgeschichte 1. Mose 2, 1—3 entspricht. Hier wird die Entstehung des Sabbats theologisch begründet und zugleich auch der — tatsächlich aus dem Babylonischen übernommene Name — hebräisch erklärt als Tag der Ruhe. Daß es sich dabei um einen späteren Erklärungsversuch handelt, der schon die ganze entscheidende Bedeutung des Sabbats voraussetzt, geht aus der Tatsache hervor, daß wir noch einen zweiten Erklärungsversuch für die Entstehung des Sabbats haben: 2. Mose 16, 22 ff, in dem der Sabbat in der Wüste eingesetzt wird im Zusammenhang mit dem Mannawunder.

Wir müssen also im Alten Testament den Sabbat in zwei Gestalten unterscheiden:

den Sabbat der frühen Zeit, der noch neben dem Neumond als Tag fröhlichen Opferfestes und zum Aufatmen helfender Arbeitsruhe gefeiert wird — ein Fest neben anderen —, und den Sabbat der späteren Zeit, in der er das entscheidende Bundeszeichen Israels wird mit strengstem gesetzlichem Innehalten absoluter kultischer Arbeitsruhe — schon bei der Welt-schöpfung von Gott selbst eingesetzt und bei Todesstrafe geboten.

Mit diesem Sabbat als Ausdruck jüdischer Gesetzlichkeit hat es im Neuen Testament Jesus zu tun gehabt.

Nicht gegen den Sabbat schlechthin, sondern gegen diese seine gesetzlich-kultische Verabsolutierung hat sich Jesus in den bekannten Geschichten vom Ährenausraufen seiner Jünger (Mk. 2, 23 ff) und von der Heilung des Menschen mit der verdorrten Hand (Mk. 3, 1 ff) gewandt. Im Zusammenhang dieser Geschichten fällt Mk. 2, 27 das große — und für alles rechte Verständnis des Feiertags entscheidende Wort:

„Der Sabbat ist um des Menschen willen gemacht und nicht der Mensch um des Sabbats willen. Somit ist des Menschen Sohn Herr auch über den Sabbat.“ Jesu Haltung ist auch hier nicht Auflösung des Gesetzes, sondern seine Erfüllung, d. h. das Aufdecken seines eigentlichsten, von Gott immer gemeinten Sinnes. Es geht Gott im

ganzen Gesetz um den Menschen. Der Mensch aber entzieht sich dem, was Gott will in seinem Gebot, wenn er das Gesetz zu einem Götzen macht und den Menschen unter diesen Götzen knechtet. Als der, der dem Gesetz Gottes seinen wohltätigen Sinn zurückgibt, ist der Sohn des Menschen auch ein Herr über den Sabbat.

Der Sonntag in der Christenheit

Mit einer überraschenden Selbstverständlichkeit — ja Unbekümmertheit — hat die christliche Gemeinde von dieser Freiheit gegenüber dem „Gesetz“ Gebrauch gemacht, indem sie zunächst noch neben dem Sabbat — aber dann bald auch losglöst von ihm — sich selbst einen eigenen Feiertag gab.

Man hielt anfangs — in der palästinensischen Gemeinde — den Sabbat selbstverständlich weiter, aber ebenso selbstverständlich kam man daneben in den Häusern zusammen, um das Herrenmahl zu begehen (Apg. 2, 46) und das Armenopfer einzusammeln (1. Kor. 16, 2). Was zunächst täglich geschehen sein mag — bei jeder abendlichen Mahlzeit —, wird bald auf einen besonderen Tag gelegt — und zwar auf den ersten Tag nach dem Sabbat — nach jüdischer Rechnung also auf den ersten Wochentag (entsprechend unserem Montag!) 1. Kor. 16, 2; Apg. 20, 7. Warum kam man gerade an diesem Tag zusammen?

Weil es der Tag der Auferstehung des Herrn war — vgl. Mk. 16, 9 —, nach jüdischer Rechnung der „dritte Tag“ nach dem Karfreitag. In der Offenbg. Joh. 1, 10 begegnet uns zuerst der Name dieses Tages als „Herrentag“ (lat. dies dominica).

Bei diesem Nebeneinander von Sabbat und Herrentag ist es in der palästinensisch-judenchristlichen Gemeinde offenbar bis zur Zerstörung Jerusalems und zum Untergang dieser Gemeinde geblieben. In der Sekte der Ebioniten hat sich dieses Nebeneinander beider Feiertage auch noch weiterhin erhalten.

Dagegen hat sich in den heidenchristlichen Gemeinden die Entwicklung so vollzogen, daß — ähnlich wie bei der Beschneidung — der typisch jüdische Sabbat den Christen aus den Heiden nicht auferlegt wurde, daß von ihnen vielmehr nur der Herrentag gefeiert wurde, und zwar durchaus nicht in dem Bewußtsein, damit einen jüdischen Feiertag umzuwandeln, sondern dem Buchstaben des Gesetzes gegenüber in der Freiheit des Geistes dem Neuen Gestalt zu geben, das ihnen in Jesus Christus geschenkt worden war. Das kommt bei den apostolischen Vätern (Did. XIV., Ignatius, Barnabas) ganz deutlich und entscheidend zum Ausdruck. Die Feier des Herrentages ist dem Sabbat der Juden gegenüber das Kennzeichen der christlichen Gemeinde. Die Entwicklung ist in den paulinischen Briefen in Andeutungen zu verfolgen.

Paulus selbst benutzt den Sabbat nur als Anknüpfung für seine Predigt, um etliche von den Juden für Christus zu gewinnen. In seinen Gemeinden nimmt er die für ihn — in der ersten Übergangszeit — charakteristische Haltung der Rücksicht ein. Römer 14, 5 ff: „Der eine beurteilt einen Tag anders als den anderen. Jeder soll in seinem eigenen Sinn völlig überzeugt sein. Wer etwas auf den Tag hält, der hält für den Herrn darauf“ — und sinngemäß müßte man fortfahren: wer nichts auf einen bestimmten Tag hält, der tue es ebenfalls für den Herrn. „Leben wir, so leben wir dem Herrn, sterben wir, so sterben wir dem Herrn. Wir leben nun oder wir sterben, so sind wir des Herrn“ (Röm. 14, 8). Hier wird die

ganze, wahrhaft christliche Freiheit dem Sabbat und dem Sonntag gegenüber sichtbar, die wir — ebenso wie die Rücksicht auf den Anderen — auch bei unserem Nachdenken werden bedenken müssen. Wo Paulus allerdings nicht auf diese grundsätzliche Freiheit bei aller Rücksicht auf den Anderen stieß, sondern auf Gesetzlichkeit, da hat er ebenso rücksichtslos zugeschlagen: vgl. seine Polemik gegen Neumonde und Sabbate, Gal. 4. 3. 9. 10. „Schatten des Zukünftigen“ ist auch der Sabbat bestenfalls — das eigentliche Wesen des Christen aber gehört Christus (Kol. 2, 16).

Das erste und einzige Mal, daß vom Sabbat als einem solchen „Schatten des Zukünftigen“ — das Alte und das Neue verbindend — im Neuen Testament eigens die Rede ist, ist die Stelle im Hebräerbrief Kap. 4, 1—11, wo im Blick auf 1. Mose 2, 2 f. — „irgendwo ist vom 7. Tag so gesprochen“ — von der Verheißung einer „Sabbatruhe“ die Rede ist, die dem Volke Gottes noch bevorsteht — und in die derjenige eingeht, der von seinen eigenen Werken ruht wie Gott von den seinen.

Im großen und ganzen aber hat sich in der alten Kirche die Linie durchgesetzt, die den Tag des Herrn nicht vom Schöpfungswerk Gottes her, sondern vom Erlösungswerk Christi aus begründet und so die Eigenständigkeit des Herrentages betont. Er ist ein Freudentag, an dem weder gefastet noch kniend gebetet wird. Tertullian erwähnt als erster die Arbeitsruhe, begründet sie aber nicht mit dem Sabbatgebot, sondern mit einfacher Zweckmäßigkeit und Wohlanständigkeit mit Rücksicht auf den Gottesdienst an diesem Tag. Diese Begründung des Herrentages als Feiertag der Christen dauert noch Jahrhunderte an. Noch Augustin sagt: Der Sabbat bedeutet Ruhe, der Sonntag aber Auferstehung.

Es ist charakteristisch, daß kirchliche und zugleich auch staatliche Schutzmaßnahmen erst im 4. Jahrhundert aufkommen — also mit dem von Konstantin eröffneten Zeitalter der Übernahme der christlichen Religion als Staatsreligion: Ruhetag etwa für die

Gerichte, Verbot störender militärischer Übungen, schon durch Konstantin selbst, später Verbot der Beitreibung gerichtlicher Schulden, Erleichterungen für die Gefangenen, Verbot von Circus- und Theatervorstellungen — in fränkischer Zeit auch harte Verbote der Feldarbeit.

Alles das wird noch nicht mit dem alttestamentlichen Sabbatgebot begründet. Die Idee einer Einsetzung des Sonntags für den alttestamentlichen Sabbat wird erst in der Karolingerzeit in der Kirche herrschend. Die Sonntagsgebote werden erst jetzt vom Sabbatgebot her begründet. Das 3. bzw. 4. Gebot bekommt im Katechismus seine jetzige Gestalt: Du sollst den Feiertag heiligen! So bleibt es im wesentlichen im ganzen Mittelalter, wenn auch Thomas von Aquino bezeichnenderweise das Sonntagsgebot „non ex vi praecepti legis, sed ex constitutione ecclesiae“ — und deshalb (!) — „ex iure divino“ begründet.

Es ist für unsere Frage nun aber doch auch von Wichtigkeit, daß wir uns klarmachen, daß die Reformation, und zwar grundsätzlich bei Luther und Calvin in gleicher Weise, von dieser judaisierenden und gesetzlichen Sonntagstheorie und -praxis wieder zur alten Kirche zurückgekehrt ist. Luther hat in seinem großen Katechismus sehr deutlich betont, daß für das Hören der Predigt des Evangeliums — das für ihn der Sinn des Feiertagsgebots war — jeder Tag so gut wie der andere ist — und daß man lediglich um des „Haufens“ und der Ordnung willen bei dem alten Brauch des Sonntags bleiben solle. Rechte Christen bedürften keines besonderen Tages. Hier wird also die paulinische Freiheit und zugleich seine Rücksicht auf die Schwachen erneuert. Und auch in der Confessio Augustana heißt es im Artikel 28: „Scriptura abrogavit sabbatum, quae docet omnes ceremonias mosaicas post evangelium omitti posse!“

In der Praxis war das Luthertum dennoch recht konservativ — und ablehnend gegen die spiritualistische Verflüchtigung jeder äußerlichen Sonntagsfeier, wie sie bei den Schwärmern

gefordert wurde (Schwenkfeld). Sehr viel strenger verfuhr bei grundsätzlich gleicher Haltung die Reformierten (Bucer erklärte es trotz strenger Praxis für Aberglauben und für einen Angriff auf die Gnade Christi, sonntägliche Arbeit an sich für Sünde zu erklären). Erst im schottischen und englischen Presbyterianismus bildet sich eine gesetzliche Feiertagstheorie auf sabbathanischer Grundlage aus

(Westminster-Konfession „quamquam sabbatus Christianorum“), die dann zur gesetzlichen Praxis der angelsächsischen Sonntagsfeier geführt hat (sacramentum paradisi).

In Deutschland aber werden bestimmte Richtungen des Pietismus und verschiedene Sekten (Adventisten) Träger einer gesetzlichen Auffassung der Sonntagsfeier im vorher skizzierten judaistischen Sinn.

Folgerungen

Welche Folgerungen ergeben sich aus diesem Gang durch die Heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments und durch die Geschichte der Christenheit im Hinblick auf die gegenwärtig besonders lebhaft diskutierte Frage nach dem Sonntag in unserer heutigen Arbeitswelt?

In welcher Gebundenheit und in welcher Freiheit stehen wir dieser Welt — von dem Worte Gottes her — gegenüber bzw. stehen wir mitten in dieser Welt, die ja unausweichlich unsere Welt ist? Was haben wir ihr zu sagen und was haben wir ihr nicht zu sagen, was tun und was nicht zu tun?

Christsein nicht nur am Sonntag

Das erste ist, daß wir aus dem Gang durch die Heilige Schrift erkennen, daß Gottes Wort an uns kein statutarisches Wort ist, kein „Ein-für-allemal“, für alle Zeiten in gleicher Weise, ein — in diesem verkehrten Sinn — „ewig“ gültiges Wort ist. Diese statutarische Auffassung vom Worte Gottes liegt jeder Gesetzlichkeit auch in der Frage des Feiertages zugrunde. Um ihr zu wehren, wurde gleich zu Anfang so stark herausgehoben, daß der Sonntag nicht dasselbe ist wie der Sabbat, und daß es deshalb im gesetzlichen Sinn ein Sonntagsgebot der christlichen Kirche nicht gibt. Nicht zufällig ist im Neuen Testament nur beiläufig vom Herrentag die Rede und keinesfalls in ähnlich zentraler Weise wie im späten Judentum vom Sabbat.

Gottes Wort ist vielmehr ein geschichtliches Wort an uns — es ist hineingesprochen in die jeweilige konkrete Situation. So ist der Sabbat in der frühen Zeit des Alten Testaments ein anderer als der in der nachexilischen Zeit, so ist der Sonntag der christlichen Gemeinde das Feiertagsgebot in einer neuen Gestalt, die nicht gesetzlich einfach aus dem 3. bzw. 4. Gebot abgeleitet werden kann.

Überall da, wo das einmal Gebotene als ewig geboten — oder besser — als zu allen Zeiten geboten gefordert wird, weicht man faktisch der besonderen Situation des Heute und Hier aus und wird notwendig „lebensfremd“, d. h. man wird der Wirklichkeit des Jetzt nicht gerecht. Es ist der Christenheit darin eine Freiheit von jedem heimlichen oder offenen Sabbatismus gegeben, die sie sich bewahren sollte. Es ist die Freiheit des Geistes gegenüber dem Buchstaben.

Diese Freiheit des Geistes hat Jesus gegen die Gesetzlichkeit des Sabbatgebotes geltend gemacht in dem Wort, daß der Sabbat um des Menschen willen und nicht der Mensch um des Sabbats willen geschaffen sei, und daß deshalb der Menschensohn — und das heißt doch im tiefsten Sinn auch der Mensch als Gottes Sohn und Kind — ein Herr sei auch über den Sabbat. Diese Freiheit des Geistes gegen jedes Buchstabengesetz hat aber auch Paulus geltend gemacht, wenn er in Römer 14 sagen kann: Der eine beurteilt einen Tag anders als den anderen, der

andere beurteilt jeden Tag wie den anderen. Jeder soll in seinem Sinn völlig überzeugt sein — und soll den bestimmten Tag oder jeden Tag „für den Herrn“ leben. Die gleiche Freiheit hat schließlich auch Luther noch einmal wieder auf den Leuchter gestellt, wenn er im großen Katechismus sagt, vor Gott sei ein Tag wie der andere.

In dieser Freiheit liegt zweifellos die auch für uns unübersehbare Grenze jeder gesetzlichen Forderung der Feiertagsheiligung. Man kann auch Christ sein ohne Sonntag — ja, man soll Christ wahrhaft nicht nur am Sonntag sein, sondern alle Tage.

Arbeitsruhe und Gottesdienst am Sonntag!

Aber hier droht nun der gesetzlichen Gefahr gegenüber die andere Gefahr, vor der wir uns zu hüten haben: es ist die schwärmerische Gefahr des Spiritualismus, die glaubt, auf jede „äußere“ Verwirklichung des Feiertags zugunsten des inneren Feiertags der Seele verzichten zu können, die also die Heraushebung eines bestimmten Tages als konkrete Erinnerung an die Sache, um die es geht, glaubt verachten zu können.

Solche Geringschätzung des äußerlichen Gebots um des inneren willen hat noch immer dazu geführt, daß die Sache selbst sich dann sehr bald auch verflüchtigt hat (vgl. das Gebet oder den Gottesdienst und ihre bestimmten Zeiten). So gewiß das Gebot Gottes nicht nur den inneren Menschen in seinem „geistigen“ Lebensbereich meint, sondern den ganzen Menschen in der vollen Konkretheit seines tatsächlichen, auch äußerlichen Lebens, so gewiß wird es immer auch bis ins Äußerliche hinein gesprochen, d. h. es ist nicht nur das innere Feiern dem Christen geboten, sondern auch das äußere Feiern in der Arbeitsruhe und im Gottesdienst.

So hat Jesus nicht den Sabbat als solchen angegriffen, sondern ihn gehalten. So hat Paulus sich an die Gemeinde zu Korinth gewandt und ihr geboten, ihre Kollekte an einem ganz bestimmten Tag — dem Herrentag —

zu sammeln. So hat schließlich auch Luther einen bestimmten Tag — nicht einen an sich heiligen Tag, aber einen nach altem Brauch in der Kirche üblich gewordenen Tag — dem „Haufen“ als Feiertag geboten, um Gottes Wort zu hören und von der Arbeit zu ruhen.

Wir würden also nicht gut tun und nicht im Sinne der Heiligen Schrift handeln, wollten wir die konkrete Form des Feiertagsgebots in der konkreten Begehung des Sonntags geringachten und etwa auf das Geltendmachen der Sonntagsfeier einfach verzichten aus „Übergeistlichkeit“.

Sonntag: nicht Gesetz, sondern Ordnung

Wie aber ist der Sonntag anzusehen, der weder ein ewig gültiges Gesetz, noch eine gering zu achtende Äußerlichkeit ist? — Die Heilige Schrift nennt den Sabbat ein „Zeichen“ (z. B. Hes. 20, 16). Und darin ist vielleicht am besten zum Ausdruck gebracht, in welchem Sinn wir den Sonntag zu halten haben und in welchem Sinne nicht.

Ein Zeichen ist nicht die Sache selbst. Aber das Zeichen zeigt auf die Sache, es erinnert an die Sache. Gerade in seiner äußerlichen Konkretheit „erinnert“ es, d. h. löst es die innere Bewegung aus.

Ein solches Zeichen ist auch der Sonntag. Er ist nicht als solcher Freiheit für Gott und Freiheit von uns selbst, aber gerade als Unterbrechung unseres Werktages — und d. h. doch auch unseres Werks — „erinnert“ er uns, in jeder Woche einmal, an diese von uns geforderte Freiheit von uns selbst und an die Freiheit für Gott. Gerade in seiner Konkretheit und Äußerlichkeit kommt zum Ausdruck, daß wir ernstmachen sollen mit jener Freiheit, und sie nicht — unerinnert — vergessen.

Diesem Zeichencharakter des Sonntags entspricht als Form die Ordnung.

Dem „Gesetz“ liegt die behauptete Einheit von Sache und Zeichen zugrunde. Der Sonntag als Gesetz hieße: Wer den Sonntag dem Gesetz gemäß

begeht, verwirklicht die Freiheit für Gott und von sich selbst. Wir sollten uns hüten, unserer Welt den Sonntag in diesem Sinn als Gesetz aufzuerlegen — auch der Gemeinde nicht! Die Gesetzlosigkeit aber verführt immer auch zur „Zuchtlosigkeit“, d. h. zur Freiheit als Willkür und damit zur Auslieferung der Freiheit für Gott an uns selbst. Die Ordnung dagegen ist die Form des Gebots, in der zugleich die Freiheit des Geistes gewahrt wird, ohne daß doch auf die konkrete Verwirklichung des Gebots verzichtet wird. Was die Ordnung vom Gesetz unterscheidet, ist die Ausnahme. In der Ausnahme kommt die Grenze, die jedes konkrete Gebot an der Situation hat, zum Ausdruck. M. Kähler hat das sehr schön ausgedrückt in dem Wort: „Die Lebensordnung ist dazu da, daß man zu ihr zurückkehrt.“

Der Spiritualismus macht die Ausnahme zur Regel und proklamiert die Willkür; die Gesetzlichkeit läßt die Ausnahme nicht zu und mißachtet die Freiheit des Geistes in der konkreten Situation. Was Jesus am Sabbat getan hat, war in diesem Sinn: Ausnahme — aber innerhalb der gebotenen Ordnung.

Der Sonntag hat für die Kirche nicht den Charakter des ausnahmslosen Gesetzes, sondern den Charakter einer die Situation in der Freiheit des Geistes respektierenden Ordnung.

Die Grenze der Werktätigkeit

Als geistliche Ordnung gerät der Sonntag in einen Konflikt mit der Ordnung — oder Unordnung — unserer heutigen wirtschaftlichen und sozialen Welt.

Es ist weder unsere Aufgabe, in dieser heutigen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung die geistliche Ordnung des Sonntags als ein ausnahmsloses Gesetz — *ex iure divino* — zu proklamieren, noch auf diese Ordnung in einer falschen Geistlichkeit und im Rückzug vor unserer heutigen Welt zu verzichten.

Es ist vielmehr unsere Aufgabe, die geistliche Ordnung des Sonntags — in der Gebundenheit und Freiheit unseres

Glaubens — in die heutige wirtschaftliche und soziale Ordnung hineinzutragen als eine heilsame Ordnung im Sinne einer notwendigen konkreten Erinnerung an die von Gott im Sonntag gesetzte Grenze unserer „Werktätigkeit“. Dabei müssen wir uns darüber klar sein, daß die öffentliche Situation, in der wir leben, zwei Spannungspole hat. Sie ist einerseits noch immer bestimmt durch die konstantinische Entscheidung, die den christlichen Glauben zu einer öffentlichen Macht erhoben hat. Andererseits geht dieses konstantinische Zeitalter seinem Ende entgegen und man spricht mit Recht von einer nachkonstantinischen Zeit. Unser öffentliches, wirtschaftliches und soziales Leben ist nicht mehr einfach das einer „christlichen Welt“; die Welt, in der wir leben, ist vielmehr längst ohne Rücksicht auf den christlichen Glauben und die christliche Kirche „organisiert“. Jede kirchliche Forderung und jedes geistliche Gebot stößt deshalb auf eine ihr entgegengesetzt ausgerichtete Welt (vgl. Picard „Flucht vor Gott“).

Dieser Situation zwischen konstantinischem und nachkonstantinischem Zeitalter müssen wir in der Frage des Sonntags Rechnung tragen. Sie haben wir als unsere heutige Wirklichkeit ernst zu nehmen, ob uns das lieb oder leid ist. In dieser Situation haben wir das Sonntagsgebot geltend zu machen.

Keine falsche Gesetzlichkeit

Das muß sicher zunächst im Ausschöpfen jeder sinnvollen Möglichkeit geschehen, den Sonntag als Feiertag zu erhalten und neu lebendig zu machen. Hier bietet sich zweifellos eine große und ernstzunehmende Aufgabe an in der 40-Stunden-Woche, in dem um den Samstag verlängerten Wochenende. Daß hier auch Möglichkeiten einer neuen Ordnung des Sonntags als Feiertag gegeben sind, verpflichtet uns als Kirche.

Andererseits bringt uns die merkwürdig divergierende zweite Tendenz unserer Zeit, die in der Richtung auf die „gleitende Arbeitswoche“ geht, zum Bewußtsein, daß wir die Ordnung

des Sonntags nicht ohne Ausnahmen wahren können, die in der Struktur unserer heutigen Wirtschaft begründet liegen. Wir werden deshalb auch diese uns in der Freiheit des Geistes als Möglichkeit gegebenen Ausnahmen verantwortlich in den Blick fassen müssen. D. h. wir werden die Frage stellen müssen: Was kann die Kirche tun, daß auch die arbeitsfreien Tage, die keine Sonntage sind, so gestaltet werden können, daß sie Feiertage werden, Tage der Freiheit für Gott und der Freiheit von uns selbst? Hier wird die Kirche z. B. nicht starr ihr gottesdienstliches Leben weiterhin auf den

Sonntag allein festlegen dürfen, sondern wird die Frage des täglichen Gottesdienstes ganz neu bedenken müssen, damit niemand, der mit Ernst Christ sein will, aber nur wenige Sonntage im Jahr als arbeitsfreie Tage hat, vor verschlossene Türen kommt. Beide Aufgaben sind uns gestellt — von Gottes Wort her. Es wird einer großen Phantasie der Liebe bedürfen, um die Ordnung des Sonntags und seine notwendigen Ausnahmen in unserer heutigen Welt als das zu verwirklichen, was sie nach Gottes Willen sein sollen: Zeichen seiner Wohltat an den geplagten Menschen.

Heraus aus der Sackgasse!

Kerngemeinde — oder Dienst an der Gesellschaft?

Von JOHANNES DOEHRING

110 evangelische Sozialsekretäre und Sozialsekretärinnen sind gegenwärtig tätig. Sie arbeiten in Evangelischen Akademien, in der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, im Evangelischen Arbeiterwerk, in der Männer-, Frauen- und Jugendarbeit, im Bereich von landeskirchlichen Sozialpfarrämtern oder in kirchlichen Synoden. Ihre Anstellungsverhältnisse, ihre Verantwortungsbereiche, ihre Arbeitsweisen sind unterschiedlich. Die meisten von ihnen haben eine Ausbildung in der Evangelischen Sozialakademie bekommen, neuerdings will die Evangelische Kirche im Rheinland ihre Sozialsekretäre selber ausbilden, zusammen mit Katecheten und Gemeindehelfern. — Das ist — nur in groben Umrissen — der Tatbestand „Sozialsekretär“, vielschichtig und nur für den Kenner übersehbar. In diese Situation hinein stellt der Autor dieses Artikels seine Fragen, wobei er am Beispiel des Sozialsekretärs aufzuweisen bemüht ist, welche Aufgaben sich der kirchlichen Gemeinde heute stellen.

Die Einsetzung der Sozialsekretäre und deren Ausbildung fällt in eine Zeit der Umbesinnung der evangelischen Kirche über ihr Wesen und ihren Auftrag. Die Entscheidungen und die mit ihnen verbundenen Scheidungen der Geister laufen heute weithin bereits quer durch die Kirchen und Konfessionen. Sie werden an dem Verständnis des Verhältnisses der Kirche zur Welt ausgetragen. Genau gesagt: zu der Weltstunde, in der wir stehen. Sahen, erlebten, bekannten unsere Vorfahren vor 400 Jahren ihren Glauben nahezu ausschließlich durch das Prisma der Konfession, trat vor 100 Jahren in weiten Bereichen das

Prisma der Nation hinzu, so sehen, erleben, bekennen wir Heutigen unseren Glauben unter dem Prisma seines gesellschaftlichen Bezuges. Und zwar in einer Gesellschaft, die mehr und mehr einer anerkannten hierarchischen Ordnung verlustig geht, deren Kennzeichen ihre unaufhörliche Mobilität und eine verwirrende Pluralität sind. Sozialsekretär werden heißt heute, in diese Welt in eine ihrer tragenden Schichten entsandt werden, ohne daß die entsendende Kirche selbst bereits die Form der Antwort auf die Fragen der mobilen Welt in ihrer eigenen Gestalt, ihrem Wesen, ihrer Struktur gefunden hat.

Strukturveränderung der Kirchengemeinde — nur literarisch interessant?

Unsere evangelische Kirche registriert zwar, daß neun Zehntel ihrer Glieder zu Wesen und Ausdruck ihrer gegenwärtigen Gestalt kein Verhältnis finden können. Sie empfängt sogar die laufende finanzielle Unterstützung dieser von ihr nicht mehr innerlich Angerührten und Getrösteten, als sei es eine Selbstverständlichkeit, daß ihre Gemeindekerne von dem Geld der von diesen Kernen nicht mehr Gesuchten und Versorgten leben. Aber die Frage nach dem „Warum das so ist“, nach dem „Ob das so sein darf“ oder gar die entscheidende Frage: Was muß sich an eben diesem Gemeindekern ohne sichtbares ökumenisches und missionarisches Bewußtsein geistlich und strukturell ändern? — wird nur als eine Randfrage behandelt. Die theologischen Ansätze, die dieses Problem bislang anzupacken versuchen, bleiben im literarischen Raum stecken, ohne gemeindlich-strukturell fruchtbar zu werden. Ferdinand Ebners bahnbrechende Erkenntnisse über den Begegnungscharakter der heutigen christlichen Verkündigung ebenso wie Friedrich Gogartens Aussagen über die Geschichtlichkeit unseres christlichen Daseins, Dietrich Bonhoeffers Reden von der Mündigkeit des Menschen und der notwendigen Leiblichkeit ihres Seins zueinander verpuffen gleich der Rückbesinnung

auf Martin Luthers Ansatz bei dem allgemeinen Priestertum der Gläubigen auf den Schreibtischen einer kleinen „interessierten“ Schicht.

Bei diesen Aussagen aber geht es um mehr als um das literarische Interesse dieser hauchdünnen Schicht christlich-intellektueller Interessenten. Alle theologischen Erkenntnisse zielen auf eine ihnen entsprechende Struktur der Gemeinde Jesu Christi hin, in der sie verwirklicht werden können. Zu allen Zeiten geht es in dem Denken der Christen um ein eheliches Denken (Nikolai Berdjajew), das verbindend-verbindliche Folgen hat. Um das Suchen und Finden einer sichtbaren Lebensgemeinschaft aus gemeinsamer Überzeugung.

An diesem Punkt muß unsere Arbeit einsetzen. Wir müssen die Brücke vom Literarischen der theologischen Aussagen zum Leben der Gemeinde selbst finden. Und von diesem her wiederum durch das Medium zeitgemäßer theologischer Erkenntnisse die Heilige Schrift deuten und verlebendigen. Gemeinde Jesu Christi ist Brücke zwischen der Offenbarung der Heiligen Schrift und dem Leben ihrer Zeit, ihrer Zeitgenossen. Die theologischen Aussagen aber gleichen den leuchtenden Laternen über dem Brückenbogen, den die Gemeinde zwischen Welt und Himmel spannt.

Gesellschaftliche Wirklichkeit in der „offenen Gemeinde“

Unter diesem Aspekt läßt sich im Blick auf den unausweichlichen Zwang, Geist in lebbare Strukturen zu übertragen, sagen: Der Leib Jesu Christi wird vom Neuen Testament als ein gegliederter Leib beschrieben. Das „Daß“ der Gliederung dieses Leibes ist damit eine überzeitliche Gabe, die wir mit der Christus-erfahrung in der Gemeinde zugleich empfangen. Das „Wie“ dieser Gliederung aber ist nicht vorgegeben, sondern stellt die jederzeit auferlegte Aufgabe dar, sich selbst den Erforder-

nissen der Zeit, der die Gemeinde dient, entsprechend zu strukturieren. Aus dieser Begründung der Aufgabe echten strukturellen Bedenkens, Erfassens und Handelns in der Gemeinde Christi wird deutlich, daß es sich bei den Strukturfragen innerhalb der Kirche also nicht nur um ein organisatorisches, sondern immer zugleich um ein diesem zugrunde liegendes geistliches Problem handelt. „Begegnung“, „Geschichte“, „Verleiblichung“ und „allgemeines Priestertum der Gläubigen“ drängen geradezu auf ihre

strukturelle Anwendung und Weiterführung im Leben der Gemeinde sowie der sie zugleich tragenden und von ihr gebildeten Gesamtkirche hin.

Im Neuen Testament finden wir jedenfalls die ständige wechselseitige Bezeichnung von Gesamtkirche und Einzelgemeinde durch den einen Begriff der *ecclesia*. Beide, Gemeinde und Kirche, können aber nicht glaubhaft der Welt gegenüber dargestellt werden, wenn dieser Bezug aufeinander nicht auch sichtbar in ihrer Gestalt dargestellt wird.

Mit anderen Worten: Kirche ist nur dort, wo jede Gemeinde den ökumenisch-missionarischen Charakter der Gesamtkirche darstellt und widerspiegelt. Ja, wo das voll ausgespielte Gemeindeleben in allen seinen Teilen, Gottesdienst, Sakrament und Seelsorge, jedes einzelne Glied der Gemeinde in diesen ökumenisch-missionarischen Dienst beruft. Umgekehrt ist Gemeinde Christi nur dort in ihrem Vollgehalt darzustellen möglich, wo die Gesamtkirchenordnung der in dieser Kirche zusammengebundenen Gemeinden eben diesen ökumenisch-missionarischen Auftrag in all ihren Funktionen den Gemeinden gegenüber als das primäre Anliegen der Gesamtkirche sichtbar macht. Auch der hierarchische Aufbau, die bestimmende Intention und Organisation der die Kirche leitenden und verwaltenden Gremien unterstehen dem gleichen missionarischen-dynamischen Gesetz alles kirchlichen Lebens. Anders ausgedrückt: Gemeinde und Kirchenordnungen müssen in dem zentralen Gesichtspunkt, unter dem die Kirche Jesu Christi sich als die bleibende Stiftung ihres Herrn begreifen kann, einander verstehen und zuordnen.

Um dieses missionarisch-ökumenischen Charakters der *ecclesia* — als Kirche und Gemeinde — willen aber ist die Öffnung zur Welt, in der sie lebt, der Maßstab für den geistlichen Gehalt, der in der jeweiligen zeitgebundenen Darstellung eben dieser *ecclesia* (Kirche und Gemeinde) lebendig ist. Diese zu allen Zeiten notwendige und gegen die ständige Gefahr sektenhafter Verkrustung notwendige Öffnung nach außen kann in unseren Tagen an der Entdeckung des dynamischen Charakters der Physik in ihren atomaren Erkenntnissen beispielhaft besonders deutlich gemacht werden. Wir wissen: Der Atomkern, der die uns tragende irdische Wirklichkeit darstellt, hat keine faktische Grenze. Diese wird vielmehr nur aus Gründen der Darstellung als eine fiktive eingeführt. Genauso verbietet der missionarisch-ökumenische Kern des christlichen Auftrages in der Welt der Gemeinde, eine andere Grenze anzuerkennen als die ihrer Wirksamkeit nach außen. Insofern ist die Gemeinde Jusu Christi ihrem tiefsten Wesen nach *offene* Gemeinde. Die Liebe Gottes, die sie durch die Einstiftung des Heiligen Geistes schafft, trägt, erhält und jederzeit erneuern will, kennt keine Grenze. Sie öffnet die mit der Zeit immer wieder in sich verkrustende Gemeinde stets neu nach außen. Die Gemeinde Christi bedarf also ebenfalls nur aus Gründen ihrer logischen Darstellung und dogmatischen Begrenzung in der sichtbaren Welt einer sichtbaren Grenze. Entscheidend aber ist, daß jene primäre, Kirche setzende und begründende Liebe Gottes nicht an den notwendigen Abgrenzungen ihrer sichtbaren Gestalt endet oder gar praktisch in ihnen erstickt.

Die Verkündigung darf nicht an der Gemeinde scheitern

Das damit gegebene Verhältnis von dynamisch-missionarischem Auftrag als der eigentlichen Lebenswirklichkeit der *ecclesia* und den notwendigen dogmatisch-konfessionellen

räumlichen Abgrenzungen der Kirche in der Zeit muß von hierher neu durchdacht werden. Auch hier hilft der Vergleich des Verhältnisses von Mikro- und Makrophysik

heute formallogisch noch ein Stück weiter. Selbstverständlich bleiben die Gesetze der Makrophysik auch im Zeitalter der Mikrophysik gültig. Wir werden uns im täglichen Leben nach wie vor nach ihnen zu richten haben. Aber wir müssen zugleich wissen, daß sie in der Tiefe schon aufgehoben sind und nicht mehr das Ganze der uns tragenden Wirklichkeit beschreiben können. Ja, daß sie, zum eigentlichen Gesetz des Daseins erhoben, sich in ihr Gegenteil verkehren und die erfahrene dynamische Wirklichkeit des Seins nicht mehr der Wahrheit gemäß beschreiben, sondern nur verdecken.

Genauso bleiben konfessionell und organisatorisch begrenzende Elemente kirchlichen Denkens in Gültigkeit. Und sind dennoch zugleich nicht mehr die echte und vollgültige Beschreibung dessen, was die Kirche Jesu Christi in dieser Welt eigentlich

ist, bedeutet, wozu sie gestiftet ist. Positiv gewandt heißt das: Der ökumenisch-missionarische Charakter der Kirche muß in unseren Tagen erneut in deren Kirchenordnungen und Gemeindeverfassungen jedermann deutlich sichtbar gemacht werden, soll die Wahrheit von der Verkündigung des lebendigen Gottes nicht an der Wirklichkeit seiner gegenwärtigen Gemeinde scheitern. Die nach außen nicht mehr sichtbare, täglich von Montag bis Sonnabend gelebte wirkliche Praxis einer Gemeinde: „Seht, wie lieb sie einander haben“, kann die Wahrheit des Zeugnisses von der Liebe Gottes verdunkeln, verdecken und unwirksam machen.

Das ist die eigentliche Not, die der heutige introvertierte Gemeindegemeindekern, der sich dazu noch von den Geldern der Gemeindefernen und Randsiedler seines Bereiches ernährt, jedem lebendigen Christen machen muß.

„Protestanten ohne Kirche“?

Wird das Verhältnis von geistlich-theologischer Aussage in der Predigt und praktischer Umstrukturierung der realen vorfindlichen Gemeinde auf die ausgesprochene Erkenntnis nicht vollzogen, so droht die Wahrheit Gottes durch die Wirklichkeit des gemeindlichen Lebens in ihr Gegenteil verkehrt zu werden. Die vielen dogmatisch korrekten Predigten müssen sich auf diese Weise zwangsläufig ihrer Wirksamkeit berauben, die ja nach dem Neuen Testament die christliche Gemeinde selbst in ihrer Ausstrahlungskraft darstellt. Die schriftgemäße Zuordnung von Predigtwort und Gemeindeverhalten, ich könnte auch sagen: von tragendem Amt der Verkündigung und weitertragendem Amt jedes getauften, von der Predigt angerührten und beauftragten Gemeindegliedes, ist also das Zentralproblem aller kirchlichen Besinnung und Erneuerung in unseren Tagen. Wir sehen, der Sozialsekretär kann zwischen einer Theologie, die er nicht

versteht, und einer Gemeinde, die ihn nicht versteht, nicht existieren.

Gelingt es uns nicht, in zwölfter Stunde mit aller Liebe und Kraft, aller Einsicht und Überredungskunst, deren wir nur fähig sind, Theologie und Gemeinde aufeinander zu beziehen und in eine wechselseitige Wirkung zu bringen, so wird die Theologie wie bisher weithin im literarisch-intellektuellen Raum der Studierstuben stecken bleiben. Die Gemeinden aber werden jenseits der geistlichen und geistigen Erkenntnisse in einer strukturellen Rückständigkeit bleiben, die das Evangelium und die Ordnung, die aus ihm fließt, verdunkeln muß.

Dann bleibt den getauften Christen, die sich heute schon nicht mehr zu dieser Kirche „verhalten“ können, aus einem (wenn auch oft unklaren) sauberen Wahrheitsempfinden gar nichts anderes übrig, als der Devise von Eberhard Stammler: „Protestanten ohne Kirche“ zu folgen.

Reformation in zwölfter Stunde!

Ehe diese furchtbare Konsequenz aber gezogen wird, gilt es, mit aller Liebe und aller Leidenschaft in unendlicher Sorge um ein „Zu-spät“ noch einmal das Bekenntnis zu der Gemeinde, ich meine die örtliche Gemeinde, zu der Kirche, ich meine die Volkskirche, zu wagen und abzulegen, solange und soweit Gottes Pläne in ihr noch sichtbar verwirklicht werden können, und alles daranzusetzen, die innere Glaubwürdigkeit und die ihr im Evangelium verheißene Strahlungskraft nach außen auch für unsere Gesellschaft wieder sichtbar zu machen.

Es sei nur nebenbei vermerkt, daß der Bedeutungsverlust der Praktischen Theologie innerhalb der übrigen Disziplinen der Theologie an den Hochschulen bereits seit langem ein warnendes Menetekel bedeutet. Die Praktische Theologie muß als die Krone aller Theologie angesehen werden. In ihr geht der unmittelbare Bezug zwischen Gott und der Welt über die Gemeinde Gottes, über die sich recht verstehende Kirche. Entzieht sich die Kirche diesem sie erst begründenden Weltbezug und wird zu einer Kirche „introvertierter Gemeindekerne“ mit einer entsprechend innengerichteten Schau der übergeordneten kirchlichen Hierarchie und ihrer Organe, so kann das Wort Gottes gar nicht mehr durch die sich so

verstehende Kirche allein die Welt ansprechen; sondern geht nun, wie wir es rings um uns schon in erschreckendem Maße erleben, auf anderem Wege den Menschen direkt an und wird zugleich, da ihm eine bevollmächtigte Deutung durch die lebendige Gemeinde fehlt, der ungeheuren Gefahr der Unklarheit und der ungeprüften Auslegung durch den „natürlichen Verstand“ des Herrn Jedermann ausgeliefert. Diese Gefahr eines „Protestantismus ohne Kirche“ aber würde keine legitime Fortsetzung des Wollens und Wirkens der „ersten Protestanten“, der Reformatoren der Kirche bedeuten.

Zusammenfassend hierzu muß also gesagt werden: Die in zwölfter Stunde anstehende Reformation der Kirche wird unmöglich gemacht, wenn sie nur als eine innerkirchliche Umorganisation ihrer Gliederungen, ihres Apparates etc. verstanden wird. Sie kann immer nur dann eine gesegnete und fruchtbare Reformation an Haupt und Gliedern werden, wenn sie unter der zentralen Erkenntnis sich vollzieht, die Luther mit Recht als die Mitte des Evangeliums ansah: „Also hat Gott die Welt geliebt, daß Er seinen eingeborenen Sohn gab, auf daß alle, die an Ihn glauben, nicht verloren werden, sondern das ewige Leben haben.“

Die kirchliche Ortsgemeinde bedarf der Sozialarbeit

Die Schwäche der bisher vorgelegten Entwürfe über die Ausbildung und den Einsatz unserer Sozialsekretäre liegt nun offensichtlich darin, daß in diesen Entwürfen wenig oder gar nichts über die Struktur der Gemeinde selbst, die sie aussendet, ausgesagt wird. Damit ist aber das eigentliche Fundament fortgelassen, auf dem der Einsatz dieses jüngsten Standes der kirchlichen Mitarbeiter ruhen muß. Aus diesem Grunde ist es der erste Auftrag für die An- und Ein-

weisung der Sozialsekretäre in ihr Amt, der These Eberhard Müllers: „Die Welt ist anders geworden“, die andere These über die Schau einer anderen, sich erneuernden Kirche gegenüber zu setzen. Um aus dem Verhältnis beider zueinander den Weg des Sozialsekretärs abzuleiten und zu beschreiben.

Wir können aber nicht die bisherigen alten Verbands- und Vereinsstrukturen unserer Kirche einfach weiter ummodellern, umkonstruieren, und

koordinieren — wenn wir nicht zu dem Fundament der Gemeinde durchstoßen und diese in ihrem notwendigen Weltbezug sich sehen und sich erneuern lehren. Sonst bleiben wir in der Welt der „Bosse“ oder wie immer die viel zitierten, aber sehr aufschlußreichen Lehnworte aus der Welt der Verbände heißen mögen, mit denen wir uns bezeichnen. Und bekommen die Kirche und ihre eigene neue Gestalt, die allein die Antwort auf die anders gewordene Welt in ihrer eigenen Umgestaltung und Erneuerung selbst sein kann, nicht ins Blickfeld, geschweige denn in den Griff.

Wir bleiben letztlich in methodischen Fragen stecken und überziehen die Welt mit einem Netz von christlichen Funktionären. Und verdecken damit die eigentliche notvolle Frage unserer Tage: „Wie wird aus dem Objekt Mensch, den Funktionäre betreuen müssen, wieder ein Subjekt, ein Mensch?“ Oder was dann doch dasselbe ist: „Wie wird eigentlich die Gemeinde in ihrem Gegenüber, in ihrer Andersartigkeit zu der Welt, auch zu der heutigen Welt der Funktionäre, geschaffen?“

Ohne Bezug zur Welt keine Gemeinde. Darin sind wir uns einig. Aber ohne eine originale Erneuerung der Gemeinde aus und in ihrer Zelle selbst bleibt alle Sozialarbeit letztlich vergeblich. Trotz der gegenwärtigen

Verkümmerung der Ortsgemeinde durch ihre Hilflosigkeit der Mobilität und Pluralität der Gesellschaft gegenüber, bleibt die Ortsgemeinde einmal der entscheidende Ansatz — und zum zweiten der entscheidende Auffangpunkt alles kirchlichen Tuns. Die Aufgabe der Sozialarbeit heißt also nicht, neben den örtlichen Gemeinden ein Netz neuer, kleiner betrieblicher Paragemeinden zu bilden. Vielmehr geht es darum, mit Hilfe und durch die Aktivität der Sozialarbeit die Elastizität und Offenheit der örtlichen Gemeinde anzustreben und vorzubereiten, die diese wieder dem neutestamentlichen Bild von der Gemeinde adäquat macht.

Die Ortsgemeinde bedarf der Sozialarbeit um ihrer eigenen Erneuerung willen als ein erstes, nach außen weit hin sichtbares Zeichen dieser Erneuerung. Und die Sozialarbeit bedarf ebenso der Ortsgemeinde als dem letzten Hintergrund und Auffangbecken für ihre Arbeit. Denn allein durch die Erneuerung der Gemeinde als einer Gemeinschaft von Subjekten, kann dem Funktionsunwesen gesteuert werden, das heute in der Kirche wie in der Welt grassiert, und in dessen endgültiger Zementierung wir in dem heutigen Status unseres kirchlichen Lebens in hoher Gefahr sind, zu erstarren. Beispiele ließen sich genügend anführen.

Sozialsekretäre wirken nach zwei Seiten

Die Sozialsekretäre haben also, wenn sie sich selbst recht verstehen, ihren Auftrag nach zwei Seiten zugleich hin auszurichten. Sie haben der Verkirchlichung der Kirche auf der einen, der Verweltlichung der Welt auf der anderen Seite sich entgegenzustemmen. Und müssen dazu als erstes zu der Erkenntnis geführt werden, daß die gegenwärtige Verkirchlichung nichts anderes als der augenblickliche Ausdruck der Verweltlichung der Kirche ist. So daß der Weg in die Welt, in die Gesellschaft, wie ich eingangs sagte, für die Kirche selbst der Weg einer

eigenen Erneuerung vom Innersten her bedeutet.

Dabei ist das Bedrückende, daß es kirchliche Gruppen gibt, die dieses Ziel und damit die eine Ausrichtung allen kirchlichen Denkens noch gar nicht ins Blickfeld bekommen haben. Und darum in einer Arbeit wie der, die den Sozialsekretären aufgetragen wird, bestenfalls eine Art Außen- oder Vorpostendienst sehen, die man aus optischen Gründen vielleicht auch tun muß. Aber mit dem eigentlichen Wesen der Kirche und dessen Beziehung zur Welt, genauer gesagt:

unserer Weltstunde, hat ihr Auftrag dann nach Ansicht des Gros' unserer alten Gemeinden nichts zu tun. Vielmehr sollen sie lediglich dazu mit-helfen, möglichst viele bisherige „Randsiedler“ in deren alte Zentren, die Kerngemeinden, hinüberzuführen. Dementsprechend sind sie wie Außenvertreter oder Handlanger dieser in sich ruhenden — geistlich wie institutionell in sich ruhenden — Kirche auszubilden und irgendwie den Volksmissionaren zuzurechnen. Es geht dann bei der Ausbildung, die auch wir anbieten, mangels geistlicher und theologischer eigener Erneuerung an-

bieten, letztlich immer wieder nur um die Frage der Methodik: Wie macht man das, „Randsiedler“ in einer ihnen verständlichen Form des Verhaltens und der Sprache, des Miteinanderumgehens und -lebens anzureden, zu fesseln und auf diese Weise an die alte Gemeinde oder ihre Verbände und deren Gruppen zu binden? Dabei kann die Methode durchaus auf die modernen Verhaltensweisen säkularisierter Zeitgenossen eingespielt werden. Koordinierung durch Gruppendiskussion, Funk, Fernsehen und was dergleichen sich anbietet, wird sachlich anzuwenden gelehrt.

Der Christ muß wissen, was in der Welt geschieht

Das „Aber“, mit dem wir erst an die von mir eingangs zitierte Frontlinie stoßen, zeigt sich jedoch sofort, wenn die Frage nach der Zuordnung von Theologen und Sozialsekretären als Nicht-Theologen akut wird. Dann nämlich taucht der auch evangelischerseits nicht überwundene Priesterbegriff römischer Observanz sehr bald wieder auf Und das eine Amt der Verkündigung, das die Reformatoren in echt neutestamentlicher Schau jedem getauften Christen zuzusprechen müssen meinten, wird doch wieder klerikal eingeschränkt. An diesem Punkt aber fällt die erste zentrale Entscheidung über den Ausbildungscharakter und Weg des Sozialsekretärs.

Was ist er? Ein von dem eigentlich ordinierten Klerus entsandter — und in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit halbgebildeter = halb ausgebildeter clerus minor? Oder — wie sähe die Alternative aus? Sie würde besagen, es gibt in evangelischer Schau nur ein Amt der Verkündigung, und das haben Theologen und Nichttheologen gemeinsam. Ist das aber eindeutig anerkannt, so wird nun erst der Weg zu jener sachlichen Frage

geöffnet, mit der ich begann. Wie kann dieser eine Auftrag der Kirche, der Welt — und welche andere Welt sollte das sein als unsere Welt von heute! — gesagt werden?

Damit tritt aber die Frage nach der Welt aus ihrem rethorischen Verhältnis zu der — behaupteten — Kernfrage nach der Kirche in ein ganz neues Verhältnis. Beide Fragen fallen nämlich in eins. Anders ausgedrückt: Was Kirche ist, kann ich nur aussagen, wenn ich weiß, was Welt ist. Und Welt wiederum, die, wie das Weihnachtslied sagt, „verloren“ ging, kann ich gar nicht ins Blickfeld bekommen, außer ich gehe aus von dem „Christ ist geboren“. Von der Mitte der Verkündigung also. Darum sagte ich eingangs: Die Scheidung unter uns Christen, die längst die konfessionellen Unterscheidungen unterwandert hat, fällt praktisch an dem Verständnis des Verhältnisses von Kirche und Welt. Oder, um es ganz provozierend scharf zu formulieren: Es ist heilsnotwendig für den Menschen in der Kirche, zu wissen, was Welt ist, was in ihr geschieht, wie sie sich heute darstellt, welche Weltstunde heute geschlagen hat.

Die geteilte, aufgefächerte Welt im Blickfeld

Ist die Welt aber auf diese Weise in das Zentrum des Heilsinteresses ge-

rückt, wie es die Evangelien ja Seite um Seite zeigen und Paulus das in

seinen Briefen je nach der Lage seiner damaligen Gemeinden sofort praktiziert —, so rückt der Auftrag des Weltkennens und -erkennens zugleich mit der Christusergriffenheit in das Zentrum des kirchlichen Interesses. Und nun wird deutlich, daß eben diese Welt, die sich uns als eindeutig geschlossene Wirklichkeit verschleiert hat — welche Fakultät getraute sich noch, von der einen Wirklichkeit zu reden —, so wird diese Welt zum Objekt des liebenden Forschens. Und zwar eines Forschens, das nicht mehr zentral, gleichsam ex cathedra von einem Mann oder Stand theologisch einwandfrei betrieben werden könnte. Sondern eben diese dem eindeutigen Raumdenken des vergehenden mittelalterlichen saeculum enteilende Welt hat gerade darin ihr Spezifikum, daß sie nur noch als eine geteilte, aufgefächerte Welt ins Blickfeld kommen kann.

Darum bedarf die Kirche Christi und zumal der Theologe, der dem Sinn des göttlichen Logos in der Heiligen

Schrift lauscht, der Ergänzung. Ganz praktisch heißt das: Das tragende Amt in der Mitte der einen Gemeinde, die sich aus vielen, ständig in- und untereinander wechselnden Gruppen in unserer Mobilität zusammensetzt, bedarf der weitertragenden Ämter, die dieser Mobilität nachgehen. Soziologisch: die sich mit der sich ständig verändernden Pluralität mitzuverändern bereit sind.

Damit man mich nicht mißverstehe: ich halte dafür, es gibt nur ein Amt, das tragende Amt der Verkündigung. Das ist uns allen kraft der Taufgnade aufgetragen, wie es Luther mit seinem Ansatz zum allgemeinen Priestertum der Gläubigen richtig sieht, aber nicht zu Ende durchführt. Aber dieses eine Christenamt bedarf aus Liebe zu der sich unserem Geschlecht vielfältig darstellenden Welt der weitertragenden Ämter. Und eines dieser Ämter, vielleicht ein erstes, dem viele andere folgen können, solange diese unsere Welt mobil bleibt, ist das Amt des Sozialsekretärs.

... und erzielen aufsehenerregende Erfolge meist schon nach kurzer Behandlungszeit. Ohne Apparate, Massage, Diät, Einnehmen, Injektionen usw. durch ein auf natürlichen Wirkstoffen beruhendes wissenschaftlich fundiertes und in jahrelanger Erprobung geschaffenes Präparat mit gänzlich neuartiger, umwälzender Anwendungsweise.

Arthritis

Verlangen Sie umgehend die kostenlose umfangreiche Aufklärungsschrift für Leidende: »Trost und Hilfe für Rheumakranke«, von dem aus vielen Veröffentlichungen bekannten Arzt Dr. med. Seliger, Bad Nauheim, zusammengestellt auf Grund seiner eigenen Versuche an Patienten, von der vom Entdecker, einem in der Fachwelt bestrenommierten Apotheker, allein beauftragten Firma

Rheuma

• Wir bekämpfen •••••

N. GSCHWEND · Pharm. Präparate - Abt. · Herisau/Schweiz

DIE PREDIGT IN DIE ZEIT

EVANGELISCHE PREDIGT ÜBER DEN PAPST

Zu Füßen des über 2700 m hohen Hermongebirges, dicht bei den Jordanquellen, lag die Stadt Cäsarea Philippi, das schneebedeckte Haupt des Hermon im Rücken, inmitten einer Landschaft von Palmen und anderen subtropischen Gewächsen.

In dieser doppelt, durch Natur und Geschichte, imponierenden Umgebung, die das Siegel der Majestät des Schöpfergottes, aber auch das Gepräge des mächtigen irdischen Cäsars trug, stellt Jesus von Nazareth, auf dem Höhepunkt seines irdischen Wirkens, an seine Jünger die Frage: „Wer sagen die Leute, daß des Menschen Sohn sei?“ oder einfacher ausgedrückt: „Was halten eigentlich die Menschen von mir?“ — Nun, auf diese Frage, die von da ab im Verlauf der nächsten 2000 Jahre noch sehr häufig die Gemüter der Menschen bewegen sollte, brechen die Antworten aus dem Jüngerkreis hervor: „Die Leute halten dich für den wiederauferstandenen Johannes den Täufer, weil du wie sonst keiner vor Johannes in schlichter und doch gebietender Weise die Menschen in die Grundentscheidung ihres Lebens stellst: für Gott oder gegen Gott. — Andere halten dich für den wiedergekommenen Elia, weil du wie er voll wunderbarer göttlicher Gaben und Kräfte bist, weil du wie er den Hungernden Speise schaffst und wie er Menschen aus der Todessphäre ins Leben rufst. Und andere sagen, du seiest Jeremia, weil du wie er ein leidender Gottesknecht bist, der unter der Schuld und der Verblendung seines Volkes leidet, bis er daran zerbricht. Und andere sagen, du seiest einer von denen, die in ihrem prophetischen Amt die Gegenwart gedeutet und zuweilen die Zukunft geschaut haben, ein Prophet und ein Apokalyptiker zugleich.“ — Das war die große Meinung der Leute.

Statt einer Stellungnahme fragt Jesus die zwölf: „Wer sagt denn ihr, daß ich sei?“ — Und da spricht Simon Petrus zum ersten Male in der Weltgeschichte die schicksalsschweren Worte: „Du bist Christus, des lebendigen Gottes Sohn!“ Das war keine Meinung mehr, das war Glaube in seiner tiefsten Ausprägung. Glaube an den Christus, Glaube an den Sohn Gottes. Darin liegt die einzigartige Bedeutung des Petrus: Er war der erste, der an Christus glaubte.

Dieser Glaube ist keine bloße Meinung, Meinungen machen die Menschen. Dieser Glaube aber ist ein Geschenk des Himmels: „Selig bist du, Simon, Jonas Sohn, denn Fleisch und Blut hat dir das nicht offenbart, sondern mein Vater im Himmel.“

Christus, das bedeutet die Zusammenfassung alles dessen, was vor ihm an Edlem und wahrhaft Großem dagewesen ist, es bedeutet die Vollendung und Erhöhung alles Geschaffenen, aber es bedeutet auch: König des Volkes Gottes aller Zeiten. Christus bedeutet auch: der Hirte, der die verirrtten Schafe des Volkes Gottes auf der ganzen Welt sammelt, der sie heraufruft aus den Herden der Mietlinge, die nicht das Wohl der Schafe, sondern den eigenen Profit suchen. Wer Christus sagt, der sagt auch Volk Gottes und damit auch Kirche. Das sei denen gesagt, die da meinen, Christus habe keine Kirche gewollt.

Diesem alles umfassenden Glaubensbekenntnis des Petrus folgt das große Wort Christi an Petrus: „Du bist Petrus, auf diesen Felsen will ich bauen meine Gemeinde, und die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwältigen. Und ich will dir des Himmelreichs Schlüssel geben, alles was du auf Erden binden wirst, soll auch im Himmel gebunden sein, alles was du auf Erden lösen wirst, soll auch im Himmel los sein.“

Dieses Wort an Petrus stellt in dem heutigen Verhältnis der reformatorischen Kirchen zur römisch-katholischen Kirche die Kernstelle dar. Ohne ein echtes Verständnis dieser Stelle der Heiligen Schrift kann es in unserer heutigen Zeit kein sinnvolles Gespräch über den Zaun der Konfessionen hinweg geben. Die große Frage ist die: Ist das Amt des Papstes, das sich uns heute als ein unfehlbares Lehramt präsentiert, mit der biblischen Botschaft vereinbar, oder muß es als unchristlich oder gar als antichristlich mit aller Schärfe abgelehnt werden? In fast allen Fragen, mit Ausnahme der Frage nach der in der römischen Kirche immer stärker werdenden Marienverehrung, kann man heute — wenigstens im deutschen Katholizismus — eine starke Anlehnung an evangelisches Glaubensgut und reformatorische Schrifterkenntnis feststellen — man singt in der katholischen Kirche evangelische Lieder, sogar solche vom Reformator selbst, die großen Passionen werden wie nie zuvor in römischen Kirchen aufgeführt, und in den verschiedensten Punkten der Dogmatik versucht man dem römischen Dogma die Härte durch eine evangelische Interpretation zu nehmen. Diese entgegenkommende Haltung der römischen Kirche beeindruckt nicht wenige evangelische Christen so stark, daß sie geneigt sind, auch die unverantwortliche Härte der römisch-katholischen Mischehenpraxis zu bagatellisieren. Die gemeinsame Furcht vor dem Kommunismus und die augenblickliche politische Konstellation in unserem Land tun das ihre, so daß evangelische Christen sich immer wieder viel zu leicht über die eigentlich entscheidende Frage hinwegsetzen: Ist das Papsttum eine göttliche Institution oder ist sie menschlich allzumenschlich? Mit der Frage nach der Rechtmäßigkeit des Papsttums steht und fällt die Rechtmäßigkeit der ganzen römisch-katholischen Kirche.

Nach eindeutigen römischen Aussagen gibt es eine Wiedervereinigung der Christen nur auf dem Wege einer Rückkehr unter das geistlich-weltliche Regiment des Papstes. Alles andere sind gefährliche Spekulationen und bloße Illusionen. Das sollten diejenigen unter uns bedenken, die in dieser Hinsicht allzu schwärmerisch veranlagt sind.

Petrus hat im Neuen Testament eine besondere Stellung: Er ist der erste, dem der Auferstandene erscheint, er ist der, der den Auftrag bekommt: Wenn du dich hernach bekehren wirst, stärke deine Brüder! In allen Berichten wird er

als der erste Christ geschildert, als der, der zuerst an Christus geglaubt und zuerst als Christ gelebt hat. Als erster Christ hat er in der Urgemeinde auch ein besonderes Ansehen, er hält die Pfingstpredigt, er tut Wunder, aber er hat kein Sonderrecht in der Gemeinde. Ein Petrusamt gibt es nicht. Gleichberechtigt neben ihm stehen Jakobus, der leibliche Bruder Jesu, und Johannes. Von einem unfehlbaren Lehramt kann keine Rede sein. Sagt nicht selbst Paulus, daß er dem Petrus hat sagen müssen, daß er nicht gewandelt sei nach der Wahrheit des Evangeliums (Gal. 2, 14)? Und dabei ging es nicht um eine Kleinigkeit, sondern um eine der schwierigsten dogmatischen und kirchenrechtlichen Fragen der Urgemeinde, der Stellung zu den Heidenchristen.

Das Amt der Schlüssel, das in unserem heutigen Evangelium dem Petrus anvertraut wird, wird (Matth. 18 und Joh. 20) der ganzen Jüngerschaft gegeben. Ein Sonderrecht hat Petrus nicht, ihm wird es hier zuerst gegeben, weil auch er das erste Christusbekenntnis ausgesprochen hat.

Einen Papst hat es im Urchristentum noch nicht gegeben. Und der Papst, auch in sympathischer Gestalt, ist ein Fremdkörper im Christentum bis zum heutigen Tage.

Wir müssen weiter fragen: Mit welchem Recht beansprucht der römische Papst die Vollmacht, die nur dem Petrus gegeben war? Man sagt, Petrus sei der erste Bischof von Rom gewesen. Doch das ist nicht bewiesen. Aber wenn er es war, dann kann man diese Vollmacht nicht weitervererben, wie man eine Uhrkette weitervererben kann. Die wahre Kirche ist nicht dort, wo der angebliche Nachfolger des Petrus auf dem römischen Bischofsstuhl ist, sondern überall dort, wo das Bekenntnis des Petrus laut wird und geglaubt und gelebt wird. Die wahre Kirche ist nicht auf dem Fels der Gebeine des Petrus errichtet, sondern auf dem Fels seines Bekenntnisses: Du bist Christus, der Sohn des lebendigen Gottes. Da ist das wahre Gottesvolk in allen Konfessionen. Wo Christus als das Haupt seines Gottesvolkes geehrt wird und wo er als Gottes Sohn in seiner Einzigartigkeit auch nicht durch eine Mittlerin aller Gnaden und durch keine Zwischeninstanz angetastet wird, da ist die wahre Kirche.

Wir ehren Petrus als Apostel und als den ersten Christen, wir respektieren den römischen Bischof als einen Bischof unter vielen Bischöfen in der weiten Welt, aber wir betrachten mit großer Besorgnis den Anspruch des römischen Papstes, als Pontifex maximus, als oberster Priester und als der Stellvertreter Christi die Verkörperung der ganzen Kirche sein zu wollen. Der Geist Gottes bindet sich nicht für alle Zeit in ein unfehlbares Lehramt, der Geist Gottes weht, wo er will und wann er will, und wo er will, da schafft er Klarheit der Erkenntnis und auch Einigkeit unter den Christen. Die Einheit ohne die Wahrheit und die Freiheit des Geistes Gottes ist nicht von Gott, sondern trägt überall, nicht nur im Osten, satanische Züge.

Die große von Gott der evangelischen Christenheit heute gestellte Aufgabe liegt zunächst nicht in der Verständigung mit Rom, sondern in dem verheißungsvollen Streben nach geistlicher Einheit im Glauben zwischen allen nicht römisch-katholischen Kirchen der Welt.

Wir stellen fest:

Das Wesentlichste für jeden einzelnen Christen ist das persönliche Bekenntnis zu Jesus von Nazareth als dem Christus und dem Sohn Gottes. Wer dieses

Bekenntnis nicht von Herzen sprechen kann, hat nicht das Recht, im Namen des Evangeliums oder der evangelischen Sache Kritik an der römischen Kirche zu üben.

Als solche, die dieses Christusbekenntnis im Leben und im Sterben sprechen können, haben wir heute nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zu folgendem Verhalten:

Es ist gut,

- daß wir fest zu unserer eigenen Kirche stehen und uns wie die Väter unseres evangelischen Bekenntnisses freuen;
- daß wir in unserem Leben den Mitmenschen möglichst wenig Anlaß zur Klage geben, daß wir wie die Väter, auch als evangelische Christen, die Heiligung des Feiertages ernstnehmen;
- daß uns jeder römisch-katholische Christ Bruder oder Schwester ist, ohne Unterschied der Konfession;
- daß wir den Katholizismus trotz seines zunehmenden evangelischen Gewandes so lange als eine große Entartung der christlichen Kirche betrachten, wie es ein unfehlbares Lehramt und eine theoretische oder praktische Vergötterung der Maria gibt;
- daß wir die römisch-katholische Mischehenpraxis als eine große Lieblosigkeit betrachten, die mit dem Geist und dem Buchstaben der Heiligen Schrift unvereinbar ist;
- daß uns zunächst die Einheit aller nichtrömischen Kirchen, die sich im Welt-rat der Kirchen zusammengeschlossen haben, ein Herzensanliegen wird.

Trotz zweier Kriege hat die Einigungsbewegung aller nichtrömischen Kirchen, einschließlich der anglikanischen und der orthodoxen Kirchen, große Fortschritte erzielt. Sie wissen sich einig in dem Bekenntnis zu Jesus Christus als Herrn und Erlöser und auch im Glauben an den dreieinigen Gott. Die praktischen Früchte dieser Einigungsbewegung haben auch sehr viele Christen beider Konfessionen in Deutschland in der Hungerzeit nach dem letzten Kriege erfahren.

Diese große ökumenische Einigungsbewegung ist das reformatorische Anliegen unserer heutigen Zeit. Stellen wir uns, wie die skandinavischen Christen und die in Amerika, verstärkt in ihre Reihen. Laßt uns an Männer denken wie den großen schwedischen Erzbischof Nathan Söderblom und John Mott, den langjährigen Vorsitzenden des Weltbundes der Christlichen Vereine Junger Männer!

Vielleicht werden auch wir dann von dem neuen Wehen des pfingstlichen Geistes überkommen, das allein die Welt und die Kirchen und auch unser ganz privates Leben heilen kann.

Knut W. Backe

DAS BUCH

Aufgabe der gesellschaftlichen Diakonie. Heft 25 der Schriftenreihe „Kirche im Volk“, mit Beiträgen von *Klaus von Bismarck, Gert Blätgen, Theodor Brandt, Balthasar von Bremen, Egon Brinkschmidt, Karl Janssen, Peter Köhler, Werner Lottmann, Karl Philipps, Robert Starbuck, Arthur Stephan, Heinz-Dietrich Wendland.* Kreuz-Verlag, Stuttgart 1960. 88 Seiten, brosch. DM 3,80.

Der Begriff „Diakonie“ wird im allgemeinen auf die karitative, also fürsorgliche Tätigkeit der Kirche angewendet. Wenn die vorliegende Schrift nun unter dem Titel „Gesellschaftliche Diakonie“ erscheint, so ist damit bereits das Wesentliche über ihren Inhalt ausgesagt: Diakonie soll nicht auf die karitative Tätigkeit besonderer Institutionen beschränkt sein, sondern soll überall da, wo der Christ lebt, zum Einsatz für den Mitmenschen auffordern. So verstanden umfaßt gesellschaftliche Diakonie den großen Kreis aller Fragen, die sich aus dem Gegenüber von Kirche und Gesellschaft ableiten lassen. Heinz-Dietrich Wendland hat dies in seinem die gesellschaftliche Diakonie theologisch begründenden Beitrag damit unterstrichen, daß er schreibt, in der „nachchristlichen Gesellschaft radikaler Weltlichkeit... kann das Verhältnis der Kirche zu dieser Gesellschaft nur dasjenige der ... Bewegung zur Gesellschaft hin sein. Die gesellschaftliche Diakonie geht von dem notwendigen, in dieser geschichtlichen Welt nicht aufhebbaren ‚Gegenüber‘ von Kirche und Gesellschaft

aus und setzt dieses voraus...“ Damit sei zugleich die Absage an die Illusion der Christianisierung der Gesellschaft ausgesprochen.

Die Herausgeber haben sich bemüht, die gesellschaftliche Diakonie unter Einbeziehung aller erläuternden Gesichtspunkte umfassend darzustellen. So werden unter der Kapitelüberschrift „Gebot und Wesen der Diakonie“ Beiträge zur biblischen Begründung (Egon Brinkschmidt), zur Theorie und Praxis der Diakonie im Wandel der Zeiten (Karl Janssen) und schließlich zur diakonischen Aufgabe von Gemeinde und Pfarramt heute vorgelegt. Die vielfältigen Beziehungen zwischen Kirche und Gesellschaft behandeln umfangreiche Aufsätze von Heinz-Dietrich Wendland und Robert Starbuck. Schließlich werden mit Beispielen aus der praktischen Arbeit in der Rheinischen und Westfälischen Landeskirche Modelle gesellschaftlicher Diakonie vorgestellt, wie etwa die „Gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau“, die Aktivierung der politischen Verantwortung in Zusammenarbeit mit den Parteien, die dialogische Verkündigung durch den Pfarrer und die Arbeit der Jugendbildungssekretäre. Insgesamt eine Veröffentlichung, die in einer glücklichen Zusammenfassung grundsätzliche und methodische Erwägungen zusammenführt.

Die Reihe „Kirche im Volk“ erscheint im Auftrag der Kirchenleitungen von Rheinland und Westfalen. Darum sind die Beispiele praktischer Sozialarbeit auch aus diesen Bereichen gewählt worden. Wenn wir recht sehen, sind auch die Autoren der anderen Beiträge bis auf eine Ausnahme im Rheinland oder in Westfalen beheimatet. Dem Rezensenten scheint die Anregung am Platz zu sein, daß eine ähnliche Publikation in absehbarer Zeit einmal — den Gesamtbereich der EKD übergreifend — die speziellen Formen gesellschaftlicher Diakonie in Deutschland darstellt. Es fehlt ja bis heute ein Handbuch, das einerseits die theologischen und soziologischen Grundsatzüberlegungen, andererseits die unterschiedlichen Arbeitsansätze in den Landeskirchen zusammenfaßt. Eine solche Veröffentlichung würde sicherlich auch die dringend notwendige Gemeinsamkeit der gesellschaftsdiakonischen Ansätze an allen Orten betonen können.

Günther Windschild

Hans Storck, Dein ist der Tag. Bitt- und Dankgebete für jeden Tag des Monats. Furche-Bücherei Nr. 190. Furche-Verlag, Hamburg 1960. 48 Seiten, geb. DM 2,40.

Die von Hans Storck hier vorgelegten Gebete sind aus den täglichen Andachten der Evangelischen Sozialakademie in Friedewald erwachsen. Storck hat in der Zeit seiner Tätigkeit als Pfarrer in der Evangelischen Sozialakademie eine Fülle von Versuchen unternommen, Andachtsformen zu entwickeln, die dem weithin der Kirche entfremdeten Menschen neuen Zugang zum Evangelium und damit auch zum Zusammenleben der Christen ermöglichen. Aus diesem Grund finden die Gebete, die alle in Friedewald entstanden, ihr Gepräge im Ernstnehmen der konkreten Situation des Menschen heute in Familie, Beruf und Gesellschaft. Damit wird der Versuch gemacht, eine schmerzliche Lücke zu füllen, die dadurch entstanden war, daß Gottesdienst und Gebet der Gemeinde heute allzu häufig die Alltagssituation des Menschen außer Acht lassen.

Das Bändchen verdient weite Verbreitung. Es eignet sich nicht nur für den Gebrauch im engeren Kreis der Familie, sondern in gleicher Weise für Andachten in Evangelischen Akademien, Frauen-, Männer- und Jugendkreisen.

Günther Windschild

Friedrich Mörtzsch, Die Industrie auf Zelluloid. Filme für die Wirtschaft. Econ-Verlag, Düsseldorf 1960. 160 Seiten, laminiert DM 9,80.

Als Ingenieur und Kaufmann, als Publizist und Werbemann aus einer Fülle eigener Erfahrungen schöpfend, legt Dr. Friedrich Mörtzsch, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Industrie- und Dokumentarfilm im Bundesverband der Deutschen Industrie, eine knappe, aber fast erschöpfende und überaus weitsichtige erste Darstellung der speziellen Probleme des Industriefilms und seiner Ableger (Werbefilm) vor. Zuerst für die Hand des Fachmanns im Dienst der Public Relations gedacht, reicht die kleine Schrift von der Historie, Analyse und Definition des Industriefilms und seiner vielfältigen Erscheinungsformen bis zu den praktischen Fragen der Kalkulation, der Produktion und des Verleihs. Mörtzsch spricht vom Industriefilm, aber die Gesichtspunkte, die die Bezeichnung „Wirtschaftsfilm“ geraten erscheinen lassen (DIE MITARBEIT Nr. 2/1960, S. 87), sind ihm vertraut: Die geistige Position des Industriefilms als eines Masseninformationsmittels

von hoher Bedeutung bestimmt er soziologisch als informativen Beitrag zu den Anpassungsproblemen der industriellen Massengesellschaft, die ihren eigenen Standpunkt in der veränderten Umwelt zu fixieren und neue Leitbilder zu gewinnen sucht. Diese verständnisvolle Betrachtungsweise führt notwendig zu dem Hinweis, daß „Industriefilme in der evangelischen Filmarbeit bereits eine beachtliche Rolle spielen“. Aus diesen Worten spricht ein erfreulicher Optimismus, von dem man wünscht, daß er nicht übertrieben wäre.

Eberhard Kramer

Ralf Dahrendorf, Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1960. 71 Seiten, DM 4,00.

Das Büchlein, ursprünglich Teil einer nicht zur Veröffentlichung bestimmten Festschrift aus Anlaß des 65. Geburtstages des Göttinger Ordinarius für Philosophie Josef König, kann als ein interessanter Beitrag im Rahmen der Forschung nach einer Elementarkategorie für die eigenständig soziologische Analyse des sozialen Handelns gelten.

Der Verfasser beschreibt nach einleitenden Bemerkungen über die von der Sozialwissenschaft geschaffenen abstrahierten Menschentypen: homo oeconomicus, psychological man, homo politicus, homo sociologicus, den letzteren als den am Schnittpunkt von Einzelnen und Gesellschaft stehenden Träger sozial vorgeformter Rollen: „Der Einzelne ist seine soziale Rolle, aber diese Rollen sind ihrerseits die ärgerliche Tatsache der Gesellschaft.“

Dahrendorf geht es offensichtlich darum, einige Dimensionen der Kategorie der sozialen Rolle aufzuspüren. Er weist im Rückgriff auf Literatur und Geistesgeschichte nach, daß der Versuch, den Menschen auf den homo sociologicus, auf seine soziale Rolle zu reduzieren, nichts Neues ist. Zugleich aber macht er die Schwierigkeit deutlich, die darin besteht, daß der Mensch als gesellschaftliches Wesen mehr ist als die Summe sozialer Rollen und sein Sozialverhalten etwas qualitativ anderes als Komödie oder Tragödie auf dem Theater. Die soziale Rolle wird von ihm als „Verknüpfung des Einzelnen und der Gesellschaft“ gesehen und als Anspruch der Gesellschaft an die Träger von „Positionen“ begriffen, als Bündel von Erwartungen, die in einer gegebenen Gesellschaft an das Verhalten der Träger von Positionen geknüpft werden. Damit ist über das tatsächliche Verhalten der Träger

von Positionen, also der einzelnen Menschen, noch nichts ausgesagt.

Auf erfreulich kritische Weise wird die Frage gestellt: „Wer oder was ist eigentlich die Gesellschaft, von der als Bestimmungsinstanz der Rollen die Rede ist?“ Es kommt auch das moralische Problem des homo sociologicus ins Blickfeld, das sich aus der Situation der ständigen Rollenerwartung ergibt.

Dahrendorf meint, durch Verbindung der Theorie der Bezugsgruppe mit der Kategorie der sozialen Rolle die metaphorische Personifizierung der „Gesellschaft“ durch greifbarere Kriterien überwinden zu können.

Der Prozeß der „Sozialisierung“ des Einzelnen wird als ein Prozeß der Entpersönlichung und doch zugleich positiv gewertet, weil in ihm „einzigartige Persönlichkeiten am Ärgernis der Welt gestaltet“ werden. Es kann dem Verfasser nur lebhaft zugestimmt werden, wenn er die Aufgabe des Soziologen darin zu erkennen glaubt, daß er seine Theorien im Hinblick auf die Erweiterung des Spielraumes des Einzelnen zu formulieren habe, den Gedanken an politische Änderungen zugunsten des freien Einzelnen nicht scheuen und keinen Augenblick über seinen „rollenspielenden“ Schatten den Anspruch des ganzen Menschen vergessen dürfe.

Homo Sociologicus ist ein mutiger und kritisch-konstruktiver Beitrag zur soziologischen Forschung der Gegenwart, der auch für die Vertreter anderer wissenschaftlicher Disziplinen, unter anderem für die Theologen von Interesse ist.

Gerd Hagen

Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Übersicht 1. April 1960. Hrsgb. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung — Generalsekretariat für die Sozialreform. Bearbeitet von Dieter Schewe und Karlhugo Nordhorn. Bonn 1960, brosch. 110 Seiten.

Zum dritten Mal legt das Bundesarbeitsministerium die Übersicht über die soziale Sicherung in der Bundesrepublik vor. Der an der Sozialpolitik interessierte Leser findet hier in einer knappen und übersichtlichen Darstellung alle wichtigen Daten der sozialpolitischen Gesetzgebung, angefangen bei der Krankenversicherung über Unfallversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Kriegsopferversorgung, Sicherung der Familie, Sozialgerichtsbarkeit usw. Eine Fülle von Schaubildern und Statistiken erleichtert

die notwendige Übersicht über dieses gewaltige Gebiet staatlicher Sozialpolitik. Die Veröffentlichung will die Gesetzgebung nicht kommentieren, sondern erläutern. Das ist schon deswegen zu begrüßen, weil damit der Leser unvoreingenommen an die Sachproblematik herangeführt wird. Dabei wird aber nicht verschwiegen, daß die Bemühungen der Bundesregierung um eine umfassende Sozialreform bisher nur punktuell zum Erfolg geführt haben. Nach der Verabschiedung der Rentenreform, dem ersten großen Schritt zur alle Gebiete übergreifenden Sozialreform, stehen ja die Entscheidungen über die Wandlungen der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und der Fürsorge — die nach einem ersten Referentenentwurf künftig Sozialhilfe heißen soll — noch aus. Die Veröffentlichung des Bundesarbeitsministeriums wird im Zusammenhang mit den noch zu lösenden Aufgaben besondere Bedeutung erlangen, weil die Diskussion über notwendige Reformen zum nichtsagenden Geschwätz werden muß, wenn nicht die vorhandenen Daten in das Gespräch einbezogen werden.

Günther Windschild

Wichtige Neuerscheinungen

(aus der Deutschen Bibliographie von Juli bis September 1960)

Die Rezension von Büchern, die noch nicht besprochen wurden, bleibt vorbehalten.

Religion, Theologie

Manfred Langhans, Geselligkeit in der Gemeinde. Warum und wie? Klotz-Verlag, Stuttgart 1960. 56 S., kart. DM 4,80.

Hans-Peter Alt, Das Problem der Todesstrafe. Kaiser-Verlag, München 1960. 167 S., kart. DM 8,50.

Michel Quoist, Herr, da bin ich. Gebete. Aus dem Französischen ins Deutsche übertragen von Ludwig Reichenpfader. Styria-Verlag, Graz/Wien/Köln 1960. 184 S., Lw. DM 6,80.

Hans Schomerus, Der unbefangene Christ. Band 2. Evangelisches Verlagswerk, Stuttgart 1959. 184 S., engl. brosch. DM 8,50.

Ernst Wolf, Naturrecht oder Christusrecht — Todesstrafe. Vogt-Verlag, Berlin 1960. 90 S., kart. mit Lw.-Rücken DM 3,80.

Karl Gerhard Steck, Kirche und Öffentlichkeit. Kaiser-Verlag, München 1960. 34 S., geb. DM 2,-.

Horst Symanowski, Gegen die Weltfremdheit. Sechs Beiträge. Mit einem Vorwort von *Klaus von Bismarck*. Kaiser-Verlag, München 1960. 47 S., geh. DM 2,50.

Todesstrafe? Theologische und juristische Argumente. „Kirche im Volk“ H. 24. Mit Beiträgen von *Martin Dorfmueller u. a.* Kreuz-Verlag, Stuttgart 1960. 87 S., kart. DM 3,50.

Hanns Lilje, Der Christ im planetarischen Zeitalter. Furche-Studien Bd. 30. Furche-Verlag, Hamburg 1960. 43 S., engl. brosch. DM 6,80.

Günther Schulze-Wegener, 6000 Jahre und ein Buch. (Mit 61 Zeichnungen, 45 Photos und einer Farbtafel.) 4., durchges. Aufl. Oncken-Verlag, Kassel 1960. 286 S., Lw. DM 14,80.

Philosophie, Psychologie

Wilhelm Keilbach, Einübung ins philosophische Denken. Hueber-Verlag, München 1960. 180 S., Lw. DM 9,80.

Horst Müller, Lebensphilosophie und Religion bei Georg Simmel. Duncker & Humblot Verlag, Berlin 1960. 169 S., kart. DM 18,60.

Eric Benjamin Strauß, Keine Angst vor Psychiatern. Ein Blick in ihre Werkstatt. Ins Deutsche übersetzt von *Eduard Adolf Pfeiffer-Ringenkuhl*. Herder-Verlag, Freiburg/Basel/Wien 1960. 95 S. engl. brosch. DM 5,80.

Theodor Litt, Technisches Denken und menschliche Bildung. 2., verbesserte Aufl. Quelle & Meyer, Heidelberg 1960. 95 S., Lw. DM 7,-.

Josef Rudin, Psychotheraphie und Religion. Seele, Person, Gott. Walter-Verlag, Olten und Freiburg i. Br. 1960. 230 S., Lw. DM 15,80.

Recht, Verwaltung, Gesetzestexte

Walter Grabendorff u. Clemens Windscheid, Personalvertretungsgesetz mit Wahlordnung unter besonderer Berücksichtigung des Beamtenrechts. 2., neu bearbeitete Auflage. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1960. XXXVI, 418 S., Lw. DM 32,-.

Heinz Jobst, Wie steht es um die Gemeinden? Befürchtungen und Hoffnungen für ihre Selbstverwaltung. Kommunalschriften-Verlag Jehle, München 1960. 67 S., kart. DM 4,50.

Karl Peters, Grundprobleme der Kriminalpädagogik. Verlag de Gruyter, Berlin 1960. XVI, 353 S., Lw. DM 38,-.

Fritz Berndt und Kurt Draeger, Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Arbeitslosenversicherung (Texte d. BAG, d. AVAVG u. d. sonstigen einschläg. Bestimmungen einschließl. Ausführungsvorschriften mit Anm., Kommentierung d. BAG, Rechtsprechung u. Verwaltungserlassen.) Losebl.-Ausg. Nachtr. 10. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1959. DM 25,60.

Hans Jirasek und Paul Seipp, Praktische Fürsorgearbeit. Ergänzbare Sammlung von erläuterten Vorschriften zur öffentlichen Fürsorge. (Losebl.-Ausg.) Grundwerk. Luchterhand-Verlag, Berlin-Spandau und Neuwied a. Rh. 1958. In drei Hlw.-Ordnern DM 48,-.

Die Krankenversicherung in Rechtsprechung und Schrifttum (KVRS). Herausgegeben von *Herbert Donnerhack, Georg Kälker u. a.* (Losebl.-Ausg.) Lfg. 5. Erich Schmidt-Verlag, Berlin 1960. DM 12,30. **Karl Fitting und Fritz Auffarth, Betriebsverfassungsgesetz** nebst Wahlordnung. Handkommentar für die Praxis. 5., neu bearbeitete Auflage. Vahlen-Verlag, Berlin und Frankfurt a. M. 1960. XXI, 797 S., Werkstoff DM 29,-.

Peter Walter, Das neue Miet- und Wohnrecht. Leitfaden zur Lückeplan mit einem Vorwort des Bundesministers für Wohnungsbau. Unter Beifügung von Berechnungsbeispielen dargestellt. Erich Schmidt-Verlag, Berlin 1960. 56 S., kart. DM 1,80. **Heinrich Lehmann, Deutsches Familienrecht.** 3., verm. und verb. Auflage. Verlag de Gruyter, Berlin 1960. XI 305 S., Lw. DM 18,-.

Gerhard Schnorr, Das Arbeitsrecht als Gegenstand internationaler Rechtsetzung. Beck-Verlag, München und Berlin 1960. XIV, 342 S., kart. DM 30,-.

Heinz Gester, Hans-Böckler-Gesellschaft. Die betriebsverfassungsrechtliche Stellung von Belegschaft und Betriebsrat. Bund-Verlag, Köln 1960. 182 S., kart. DM 5,80.

Erich Fiedler, Kommentar zum Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Abbau der Bewirtschaftung. Das soziale Miet- und Wohnrecht. Die Änderung des Mieterschutzes. Die Miet- und Lastenbeihilfe. Luchterhand-Verlag, Neuwied, Berlin, Darmstadt 1960. XI, 458 S., Lw. DM 28,50.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Hans Amandus Münster, Werben und Verkaufen im Gemeinsamen Europäischen Markt. Leske-Verlag, Darmstadt 1960. 209 S., Lw. DM 48,-.

Die Fürsorge in der gewandelten Welt von heute. Neue Aufgaben, neue Wege. Gesamtbericht über den 61. Deutschen Fürsorgetag 1959 in Berlin. Heymann-Verlag, Köln/Berlin 1960. 319 S., kart. DM 28,-.

Bernhard Hartmann, Angewandte Betriebsanalyse. Haufe-Verlag, Freiburg i. Br. 1959. 182 S., Lw. DM 19,50.

Ernst Gerwig, Die soziologische Struktur des Industriebetriebes. Pöschel-Verlag u. Verlag d. Schweizer. Kaufmänn. Vereins, Stuttgart/Zürich 1960. 191 S., Lw. DM 23,50.

Curt Eduard Fischer, Die Unternehmenskonzentration als Gegenstand wirtschaftsordnender, gesellschaftsrechtlicher und steuerlicher Gesetzgebung. Unternehmerwirtschaft Verl.-Gesellschaft, Bonn 1960. 105 S., kart. DM 4,80.

Kurt Pritzkolet, Männer, Mächte, Monopole. Hinter den Türen der westdeutschen Wirtschaft. Erweiterte und überarbeitete Neuauflage. Rauch-Verlag, Düsseldorf 1960. 648 S., Lw. DM 26,-.

Armand Cuvillier, Kurzer Abriss der soziologischen Denkweise. Probleme und Methoden. Aus dem Französischen übersetzt: *Francois Horst Oppenheim* und *Heinz Maus*. Enke-Verlag, Stuttgart 1960. XI, 187 S., DM 17,60.

Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V., Bonn. Die ökonomischen Grundlagen der Familie in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Gutachten des Ausschusses für Familienfragen der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt mit Vorschlägen zur Neuordnung des Familienlastenausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland. Duncker & Humblot Verlag, Berlin 1960. 308 S., brosch. DM 28,60.

Ralf Dahrendorf, Homo sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle. Josef König zum 65. Geburtstag. 2., unveränderte Auflage. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1960. 71 S., kart. DM 4,-.

Wolfgang Köllmann, Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert. Mohr (Siebeck)-Verlag, Tübingen 1960. XVI, 315 S., brosch. DM 25,-; Lw. DM 29,-.

William Goode, Die Struktur der Familie. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1960. 107 S., kart. DM 9,80.

Bruno Pohl, Freizeit in Utopia. Der Christ in der kommenden Freizeitgesellschaft. Furche-Bücherei 182. Furche-Verlag, Hamburg 1960. 45 S., Pp. DM 2,40.

Leo Kofler, Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus. Schotola-Verlag, Ulm 1960. 392 S., kart. DM 18,-; Lw. DM 22,-.

Oswald von Nell-Breuning, Kapitalismus und gerechter Lohn. Herder-Bücherei, Bd. 67. Herder-Verlag, Freiburg i. Br./Basel/Wien 1960. 191 S., kart. DM 2,20.

Otto Neuloh und Herbert Wiedemann, Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund. Arbeiter und technischer Fortschritt. Untersuchungen in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie über die Anforderungselemente technischer Neuerungen und der Reaktionen der Arbeiter. Als Ms. gedr. Westdeutscher Verlag, Köln u. Opladen 1960. 282 S., kart. mit Lw.-Rücken DM 52,-.

Günther Wagenlehner, Das sowjetische Wirtschaftssystem und Karl Marx. Verlag Kiepenhauer & Witsch, Köln u. Berlin 1960. 353 S., engl. brosch. DM 15,80.

Erich Weber, Die Sozialfibel. 786 Fragen und Antworten aus dem Arbeits- und Sozialrecht. Schiller-Verlag, Essen 1958. VIII, 440 S., Werkstoff DM 8,70.

Leopold von Wiese, Soziologie. Geschichte und Hauptprobleme. Verlag de Gruyter, Berlin 1960. 175 S., kart. DM 3,60.

Familie im Umbruch. Herausgegeben von *Ferdinand Oeter*. Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1960. 368 S., Lw. DM 19,80.

Schriften des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Aschen-dorff-Verlag, Münster 1960.

Rudolf Gunzert, Was ist Konzentration? Knapp-Verlag, Frankfurt a. M. 1960. 100 S., kart. DM 4,80.

Politik, Geschichte, Volkskunde

Otto Heinrich von der Gablentz, Die versäumte Reform. Zur Kritik der westdeutschen Politik. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1960. 137 S., Lw. DM 18,50.

Wilhelm Mommsen, Deutsche Parteiprogramme. Isar-Verlag, München 1960. 807 S., Lw. DM 85,-.

Helga Grebing, Der Nationalsozialismus. Ursprung und Wesen. Isar-Verlag, München 1959. 104 S., engl. brosch. DM 4,80.

Erziehung, Jugendpflege

Erziehung und Politik. Minna Specht zu ihrem 80. Geburtstag. Herausgeber: *Hellmut Becker, Willi Eichler* und *Gustav Heckmann*. Verlag Öffentliches Leben, Frankfurt 1960. 413 S., Lw. DM 18,-.

Carl Artur Werner, Handbuch der Erwachsenenpädagogik. Band 2. Heymann-Verlag, Köln/Berlin 1960. Lw. DM 11,80.

Heinz-Rolf Lückert, Eltern, Kind, Erziehung. Kleine Familien- und Erziehungspsychologie. Verlag Winfried-Werk, Augsburg 1960. 144 S., engl. brosch. DM 4,60; Lw. DM 5,80.

Erich Wasem, Presse, Rundfunk, Fernsehen. Reklame pädagogisch gesehen. E. Reinhardt-Verlag, München/Basel 1959. 283 S., Lw. DM 15,-.

Ferdinand Carspecken, Warum Fürsorge-erziehung? Eine Untersuchung über das Verschuldensprinzip. Juventa-Verlag, München 1960. 84 S., kart. DM 4,80.

Martinus Jan Langeveld, Das Kind und der Glaube. Einige Vorfragen zu einer Religions-Pädagogik. Aus dem Niederländischen übertragen von Hugo Zulauf. We-

stermann-Verlag, Braunschweig/Berlin/Hamburg/München/Kiel/Darmstadt 1959. 144 S., Lw. DM 12,80.

Hans Mieskes, Pädagogik des Fortschritts? Das System der sowjetzonalen Pädagogik in Forschung, Lehre und Praxis. Juventa-Verlag, München 1960. 312 S., Lw. DM 16,80.

Erich Thier, Historischer und dialektischer Materialismus. Ein Quellenheft. Hrsg. u. eingel. Vandenhoeck & Ruprecht-Verlag, Göttingen 1960. 96 S., kart. DM 2,40.

Renate Jahn, Was heißt Arbeiterbildung? Eine pädagogische Untersuchung der Fabrikarbeit. Lambertus-Verlag, Freiburg 1960. 131 S., brosch. DM 12,40.

Das Dorf im Strukturwandel der Gesellschaft

Ein Bericht über den 10. Gesamtdeutschen Dorfkirchentag

Im Zeitalter der Industrialisierung und Technisierung aller Lebensgebiete des Menschen wird mehr und mehr das Dorf in den Strudel der fortschreitenden Entwicklung hineingerissen. Man kann heute nur noch mit aller Vorsicht von einer Eigenheit des Dorfes sprechen. Angesichts der Ansiedlung vieler Industrien in ländlichen Bereichen, angesichts aber auch der wachsenden Zahl der sogenannten „Pend-

ler“, die tagsüber in die Industriezentren zur Arbeit fahren, vollzieht sich auch auf dem Dorf eine bedeutsame und nicht zu unterschätzende Umstrukturierung der Bevölkerung. Sie betrifft nicht einmal so sehr die soziologische Zusammensetzung der auf dem Dorf beieinander wohnenden Menschen, sondern mehr noch die Veränderung ihrer beruflichen und hieraus resultierenden sozialen Funktionen.

Der Pfarrer im Wirkungsbereich dörflicher Strukturveränderungen

Daß diese Fragen in immer stärkerem Maße auch die evangelische Kirche beschäftigen müssen, liegt auf der Hand. Deswegen war der 10. Gesamtdeutsche Dorfkirchentag, der vom 7.—11. November 1960 in Schuby bei Schleswig stattfand, ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zum Verständnis der Wandlungen des Dorfes. Das wurde insbesondere an der Fragestellung des Referates von Dozent Dr. Bolte (Kiel) über „Der Dorfpfarrer im sozialen Spannungsfeld“ ersichtlich. Was bestimmt denn die Aktivität des Pfarrers und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Gemeinde? An Hand einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Stellung des Pfarrers im Dorf nannte der Referent drei Faktoren, welche die Tätigkeit des Dorfpfarrers

ganz wesentlich prägen. Einerseits seien es Dinge, die vom Dorf und seinem Zusammenleben den Pfarrer vor neue Aufgaben stellen, andererseits habe der Pfarrer von seinem Amt und Auftrag her in das Dorf hineinzuwirken und drittens würde seine Tätigkeit stark vom Gesamtgefüge der Gesellschaft und vom Staate her bestimmt. Eine Fülle von Einzelergebnissen der Erhebung demonstrierte, daß die Stellung des Pfarrers im Dorf niemals statisch erfassbar sei, sondern sich immer dynamisch entwickle, wobei die Strukturwandlung im Dorf von heute sich als wesentliche, vorwärtstreibende Kraft gezeigt habe. Dr. Bolte betonte im übrigen, daß die Person des Pfarrers selber entscheidenden Rang habe. Man sollte allerdings die hier vorhandenen

Tendenzen zur Anpassung, zur reformistischen Aktivität oder zum resignativen Verhalten nicht als Typenbildungen aufzufassen, sondern sie in ihrer dienenden Funktion als technische Beihilfe für die wissenschaftliche Erfassung des Tatbestandes sehen. Letztlich seien in der Wirklichkeit des Lebens diese Tendenzen fließend und würden sich in der Person eines einzelnen ablösen können.

Mit besonderem Interesse wurde aufgenommen, was der Referent über die Beeinflussbarkeit des Pfarrers sagte. Die Untersuchung habe ergeben, daß die Stellung des Pfarrers im Dorf unbewußt oder

gezielt beeinflußt werden könne. Es genüge eben nicht, wenn gefordert werde, der Pfarrer habe seinen Amtsauftrag auszuführen. Die Berufsaufgabe des Pfarrers sei nur ein Faktor unter anderen. Gerade der Dorfpfarrer habe eine Tätigkeit mit ziemlicher Variationsbreite, die nicht mit festen Grenzmarkierungen angegeben werden könnte. — Deswegen machte das Referat deutlich, daß unvoreingenommen und mit dem Willen zur sachlichen Bewältigung der Problematik der Dorfkirchengemeinde die veränderten gesellschaftlichen Strukturen im Blick bleiben müssen.

Die Stellung des Dorfes in der EWG

Der Berichterstatter meint, daß die Veranstalter des Dorfkirchentages gut daran getan haben, das zunächst theoretisch formulierte Thema durch Berichte über praktische Konsequenzen der Strukturveränderungen zu konkretisieren. Das gilt insbesondere für Ausführungen von Oberlandwirtschaftsrat Otto Clausen (Rendsburg), der über die Situation des Dorfes angesichts des europäischen Zusammenschlusses in der EWG sprach. Clausen ist Mitglied der Deutschen Kommission bei der EWG-Agrarstelle in Brüssel und deswegen wirklich kompetent in dieser Frage. „Ist die Landwirtschaft noch heute die Wurzel der Volkswirtschaft?“ fragte er. Kann man also dieses Prinzip der Vorrangstellung eines Standes und Berufes im gegenwärtigen Stadium der Wirtschaft, der

Technik und auch der soziologischen Entwicklung noch aufrecht erhalten? Es würde im Zusammenhang dieses Berichtes zu weit führen, wollte man den Versuch machen, die Einführung in die komplizierten Zusammenhänge in der EWG nachzuzeichnen. Dennoch muß die von Clausen gestellte Frage künftig sorgsamer bedacht werden, als das offensichtlich bis heute der Fall ist. Daß die Aussprache über das Referat sehr schnell in die Bereiche der mitmenschlichen Beziehungen einmündete, liegt wohl in der Natur der Sache. Ein europäischer Zusammenschluß, selbst wenn er zunächst nur wirtschaftliche Bereiche umfaßt, muß die Beziehungen der Menschen zueinander zu allererst im Auge haben, was im übrigen seine eigentliche Bedeutung ausmacht.

Seelsorge im Dorf der DDR

Die Spannungen, die sich aus der Teilung Deutschlands und aus den sich hieraus entwickelnden Tendenzen zum Auseinanderstreben beider Gebiete ergeben, beschäftigten die Teilnehmer des Dorfkirchentages in besonderer Weise. Der letzte Arbeitstag griff tief in die eigentlichen Veränderungen des Dorfes ein, die sich einerseits durch die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im allgemeinen und andererseits durch die Ost-West-Situation ergeben haben. In eindrucklicher Weise führte Superintendent Krolzig (Belzig/DDR) in die Schwierigkeiten der kirchlichen Arbeit im sozialisierten Dorf der DDR ein. Die Ansprache Krolzigs gipfelte in den folgenden Aussagen:

1. Die natürliche Umgebung des Dorfkindes hat bei der Durchführung der Sozialisierung auf dem Dorfe alle individuellen Differenzierungen verloren. Wir haben mit einer kollektiven Naturanschauung zu rechnen.
2. Diese kollektive Naturanschauung ist religiös entmächtigt, dafür aber politisch-wirtschaftlich bemächtigt.
3. Die personale Würde der Familie ist in einen Verdünnungsprozeß geraten, dafür ist der funktionale Bezug zum Staat bedeutend verschärft.

4. Im gesamten öffentlichen Leben des Dorfes haben große organisatorische Kräfte ihr Betätigungsfeld. Die Schule hat teil an dem anonymen Charakter des gesamten öffentlichen Lebens. Sie vergegenwärtigt jedoch die konkrete Zielsetzung von Staat und Gesellschaft.
5. Die sozialistische Schule wird nach wissenschaftlichen Prinzipien aufgebaut. Nach sozialistischer Überzeugung fordert die Wissenschaft prinzipiell den Atheismus.
6. Die Sichtbarkeit des kirchlichen Handelns an den Kulminationspunkten des Lebens ist im Schwinden.

Aus diesen Feststellungen ergaben sich für den Referenten Aufgaben der Kirche, die er so benannte:

Aus dem Strukturwandel unserer Dörfer sind Folgerungen für einen Strukturwandel des Pfarramtes zu ziehen. — Neben Pflege und Betreuung der Ortsgemeinden muß die übergemeindliche

Sammlung auf der Ebene der Kirchenkreise sorgfältig bedacht und ausgebaut werden. — In den Kirchenkreisen ist die Errichtung besonderer Kreispfarrstellen dringend zu empfehlen. Diese Kreispfarrstellen sind unabhängig von allem sonstigen pfarramtlichen Dienst lediglich mit der Aufgabe der Rüst- und Bildungsarbeit zu betrauen. — Die Türen der Dorfkirchen sind täglich offen zu halten. Alle bildlichen Darstellungen der kirchlichen Botschaft sowie alle anschaulichen Lebensäußerungen der Kirche müssen nach Kräften gefördert werden. — Das tägliche Gebet über der Schrift nach der Ordnung der Kirche ist regelmäßig zu halten und als wesentliche Grundlage für das Hauskatechumenat zu nutzen. — Bei der Verkündigung der Botschaft muß bedacht werden, daß das entmythologisierte Dorfkind nicht mit mythologisierte Verkündigung überfordert wird. — Das Schwergewicht aller Verkündigung ist auf die Heilsgeschichte und die neutestamentliche Botschaft zu legen. Ihnen kommt besondere Bedeutung zu.

Beruf und Familie im Blick haben

Der 10. Gesamtdeutsche Dorfkirchentag wurde mit dem Referat beschlossen, welches dieser Tagung die Firmierung gegeben hatte: „Strukturelle und individuelle Seelsorge im heutigen Dorf.“ Unter dieser Überschrift zeigte Pfarrer Fenner (Elgershausen/Hessen) die Spannung auf, in welcher der Dorfbewohner heute lebt: Ost — West, Stadt — Land, Alt — Jung, Kirche — Welt, Pfarrer — Gemeinde. Die Frage nach einem noch heute gültigen Leitbild des ländlichen Menschen beantwortete der Redner mit einem Hinweis auf die wachsende Problematik der Seelsorge: „Unsere Ethik ist am Mitmenschen und Mitwesen ausgebildet, aber die Stoffe sind Herr über uns geworden.“ Der Mensch lebe heute in einer funktionalen Welt. Für ihn komme es letztlich darauf an, an der richtigen Stelle richtig zu funktionieren. Selbständige Urteile und Empfindungen würden, so meinte Pfarrer Fenner, durch die modernen Kommunikationsmittel nivelliert, der Mensch sei als Individuum durch die Herrschaft der Verbände bedroht. Die entscheidende Wandlung der Seelsorge deutet sich nach der Auffassung des Referenten darin an, daß der Seelsorger dem Menschen heute auch als dem Vertreter einer Struktur gegenüberstehe. Der Ruf nach dem Individuum genüge nicht mehr. Der Mensch

sei immer auch als Glied einer soziologischen Gruppe, als Glied einer Gemeinschaft anzusprechen. Hieraus würden sich alle Folgerungen für die kirchliche Arbeit heute ableiten lassen. Das gelte nunmehr auch für das Dorf, und gerade dort in verstärktem Maße. Der Dorfpfarrer müsse schon wegen der räumlichen Nähe zu seinen Gemeindegliedern immer auch ihre Arbeit, ihre familiäre und berufliche Existenz im Blick haben. So verstanden sei also Seelsorge nicht losgelöst von der praktischen Existenz des Menschen, sondern gerade auf sie bezogen. Dabei müsse sie aber immer eschatologisch bestimmt sein, denn nur von daher könne die moderne Ideologie als eine säkularisierte Glaubenshandlung entscheidend gestellt und getroffen werden. Schließlich: individuelle und strukturelle Seelsorge sind nach den Darlegungen von Pfarrer Fenner zwei Seiten der gleichen Sache, das eine ist ohne das andere nicht möglich.

*

Die Veranstalter waren gut beraten, als sie sich entschieden, die in den Referaten immer wieder angeklungene Wirklichkeit des Dorfes an verschiedenen Modellen erläutern zu lassen. Eine Besichtigungsfahrt zu landwirtschaftlichen Betrieben

machte die Teilnehmer des Dorfkirchentages nicht nur mit der Landschaft und den Menschen dieses schönen Landstriches an der Ostsee bekannt, sondern ermöglichte auch, unter der sachkundigen Führung von Vertretern der Landwirtschaftsschule in Flensburg einen guten Einblick in die Lebens- und Arbeitssituation dieser ganz eindeutig landwirtschaftlich bestimmten Provinz. Viele Fragen, die zuvor oder danach im Gespräch aufgeworfen und debattiert wurden, erhielten

durch diese Einführungen in die Praxis plastische Formen. —

Der nächste Gesamtdeutsche Dorfkirchentag wird 1961 in der DDR stattfinden. Die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe dort wird diesen Dorfkirchentag vor Fragen stellen, deren Beantwortung von weittragender Bedeutung für die Fortführung einer fruchtbaren kirchlichen Arbeit auf dem Dorf sein sollte.

• Hugo Brand

Sozialpolitischer Zeitspiegel

CDU verzichtet auf Selbstbeteiligung

Der Sozialpolitische Arbeitskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat beschlossen, einen Antrag zur Neuregelung der Krankenversicherung im Sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages einzubringen, der die bisher heiß umstrittene Beteiligung des Versicherten an den Arzt- und Krankenhauskosten nicht mehr enthält. Der Entwurf des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung für eine Neuregelung der sozialen Krankenversicherung wird nach der ersten Lesung im Bundestag seit Monaten im Sozialpolitischen Bundestagsausschuß beraten. Die CDU/CSU-Fraktion will nunmehr eine Änderung des Gesetzentwurfes dahingehend erwirken, daß nur noch eine Krankenscheingebühr in Höhe von DM 2,- und außerdem eine Rezeptgebühr in Höhe von -,50 DM für Versicherte bis zu einem Monatseinkommen von 1250,- DM erhoben wird. Weiterhin soll für Arbeitnehmer mit einem Monatseinkommen über 1250,- DM das Kostenerstattungssystem eingeführt werden.

Der Beschluß des Sozialpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU hat in der Öffentlichkeit ein starkes Echo hervorgerufen. Übereinstimmend wird darauf aufmerksam gemacht, daß von dem ersten Entwurf des Bundesarbeitsministers nur noch wenig übrig geblieben ist. Der verschiedentlich geäußerten Befürchtung, der Verzicht auf eine Selbstbeteiligung der Versicherten würde zu einer Erhöhung der Beiträge führen, wird allerdings vom Deutschen Gewerkschaftsbund energisch widersprochen. Der DGB bemerkt in seinem Nachrichtendienst vom 1. Dezember,

daß diese Auffassung unverständlich und völlig unbegründet sei. Die mit der Krankenversicherungsreform beabsichtigten Leistungsverbesserungen könnten ohne jede zusätzliche Kostenbeteiligung der Versicherten und ohne Beitragserhöhung finanziert werden. Selbst Bundesarbeitsminister Blank habe es stets abgelehnt, die geplante Kostenbeteiligung mit finanziellen Erwägungen zu rechtfertigen.

Die Änderung der Konzeption in der Frage der Krankenversicherungsreform in der CDU/CSU hat von neuem die Frage in den Vordergrund gerückt, ob überhaupt noch mit der Krankenversicherungsreform in dieser Legislaturperiode gerechnet werden kann. Während der sozialpolitische Experte der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundestages, Professor Schellenberg, auf einer Pressekonferenz am 1. Dezember 1960 in Bonn die Verabschiedung des Gesetzes in dieser Legislaturperiode bezweifelte, setzte sich Bundeskanzler Adenauer in einer CDU-Vortragsveranstaltung am 18. November in Bonn für die Verabschiedung des Gesetzes noch vor den Wahlen im Herbst 1961 ein. Wenn bestimmte Gesetzentwürfe unerledigt bleiben würden, so sei dies eindeutig die Schuld der Opposition, meinte Adenauer.

Kompromiß in der Sonntagsarbeit?

Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie hofft auf eine Lösung der Probleme der Sonntagsarbeit, die den Vorstellungen aller, die hiervon betroffen sind, entgegenkommt. Das erklärte der bisherige

Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie, Kurt Schmitz, in der Jahreshauptversammlung des Verbandes. Schmitz betonte dabei, daß sich die Stahlindustrie in ihrem Bestreben, die Sonntagsarbeit auf ein Mindestmaß zu beschränken, von keiner anderen Seite übertreffen lasse. Die Tatsache, daß die Bundesregierung von ihrem Plan abgegangen sei, bereits vom 1. November an die Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie endgültig zu regeln, lasse die Erwartung zu, daß es doch noch zu einer — wie Schmitz sagte — vernünftigen Lösung komme. Es sei zu hoffen, daß das Angebot der Stahlindustrie, die Sonntagsarbeit an den kleineren Siemens-Martin- und Elektroöfen einzustellen, als Ansatzpunkt für neue Verhandlungen gewählt werde.

Gegenwärtig sind in den zuständigen Ministerien in Bonn Verhandlungen im Gange, die unter Berücksichtigung der in der Öffentlichkeit vorgetragenen Anregungen wie in gleicher Weise der geäußerten Kritik zur Neufassung der geplanten Rechtsverordnung der Bundesregierung beitragen sollen. Auch die beiden Kirchen sind in die Besprechungen eingeschaltet worden. Als Vertreter der evangelischen Kirche trug der Bevollmächtigte des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung, Prälat D. Kunst, am 11. November dem Bundeskanzler die Auffassung der evangelischen Kirche zur Frage der Sonntagsarbeit vor. Dr. Adenauer hatte zuvor, am 7. November, mit Kardinal Frings, dem Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, über die Stellungnahme der katholischen Kirche gesprochen. Es wird angenommen, daß Frings hierbei auch der in katholischen Kreisen entstandenen scharfen Kritik an Bundeskanzler Dr. Adenauer Ausdruck gegeben hat. Dort ist man der Auffassung, daß Adenauer entgegen früheren Zusagen doch noch eine andere Möglichkeit als die des totalen Sonntagsarbeitverbots in der Eisen- und Stahlindustrie ins Auge gefaßt hat. Diese Meinungsänderung wird auf den massiven Druck verschiedener Stahlunternehmen zurückgeführt. Bei einer Besprechung mit Adenauer soll — nach Informationen dieser katholischen Kreise — mit einem Entzug der Wahlgelder gedroht worden sein. Die deutschen katholischen Verbände würden sich auch eine andere Regierungsmehrheit als die bisherige vorstellen und dementsprechend auf eine moralische Unterstützung der CDU im bisherigen Umfang verzichten können. —

Großes Aufsehen hat eine Untersuchung hervorgerufen, die von der Sozial-

forschungsstelle Dortmund der Universität Münster vorgenommen wurde, um die Meinung der Stahlarbeiter zur Sonntagsarbeit zu ermitteln. Obwohl das inzwischen erstattete Gutachten, das auf Grund der Untersuchung angefertigt wurde, bisher geheim gehalten wird, sind doch einige Einzelheiten in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Nach der Vorlage arbeiten die Stahlarbeiter gegenwärtig in 8-Stunden-Schichten. Sie haben mindestens an 13 Sonntagen im Jahr frei, wobei sie jeweils eine zusammenhängende Freizeit von 72 Stunden, also drei Tagen, haben und Ostern und Pfingsten je 48 Stunden, Weihnachten 60 Stunden und am 1. Mai 24 Stunden von der Arbeit befreit sind. Die Befragung hat im Endresultat ergeben, daß die Stahlarbeiter mit der gegenwärtigen Arbeitszeitregelung durchaus einverstanden sind. Insbesondere wird von ihnen hervorgehoben, daß sie nun 13 völlig freie Sonntage (auch keine Nachschichten vorher oder nachher) haben, während früher entweder eine Nachschicht Samstag/Sonntag oder Sonntag/Montag gearbeitet werden mußte. In der sogenannten kontinuierlichen Arbeitsweise gäbe es auch keine Überstunden mehr. Die Stahlarbeiter äußerten, daß sie mit dieser Regelung einverstanden seien, auch wenn sie dadurch auf die Überstundenbezahlung verzichten müßten. Im übrigen begrüßen sie die pünktlichere Ablösung der Schichtgruppen, die ab sinkenden Unfallzahlen und den vollen Lohnausgleich. Die kirchlich gebundenen Arbeiter unter den Befragten äußerten ihr Befremden darüber, daß beide Kirchen früher niemals Stellung gegen die regelmäßigen Reparaturarbeiten an allen Sonntagen im Jahr bezogen hätten, während sie nun bei der Einführung der durchlaufenden Arbeitsweise die Meinung vertreten würden, diese Form der Arbeit würde keinen Raum mehr für den Gottesdienstbesuch geben.

Sozialausschüsse wollen Kollegenschaft ersetzen

Der gewerkschaftliche Arbeitskreis der CDU/CSU-Sozialausschüsse will die „umfassende und alleinige Vertretung aller christlich-demokratischen DGB-Mitglieder“ sein. Zur Verwirklichung dieses Zieles beschloß der Arbeitskreis auf einer Sitzung am 12. und 13. November in Königswinter, seine Arbeit in den Ländern und Kreisen zu intensivieren. Nachdem die Christlich-soziale Kollegenschaft ihre Bindungen zu dem DGB

kürzlich gelöst hat, kommt diesem Beschluß der CDU/CSU-Sozialausschüsse besondere Bedeutung zu. In informierten Kreisen wird die Auffassung vertreten, daß die Sozialausschüsse nunmehr auf der Basis der Partei eine Gewerkschaftsarbeit betreiben wollen, wie sie von den Sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaften der SPD seit langem praktiziert wird.

Einsetzung von Sozialattachés

Die Bundesrepublik Deutschland soll künftig ihren Botschaften mehr Sozialattachés als bisher beordnen. Diese Forderung wird im Zusammenhang mit den Erwägungen zur Entwicklungshilfe gegenwärtig von vielen interessierten Stellen erhoben. Nachdem vor einigen Wochen die evangelische Wochenzeitung „Christ und Welt“ entsprechende Einzelvorschläge gemacht hat, nachdem auch der Deutsche Gewerkschaftsbund die Entsendung von Sozialattachés in die Entwicklungsländer vorschlug, wird in Kreisen der Bundesregierung gegenwärtig beraten, wie diese Anregungen zu verwirklichen sind. Gegenwärtig verfügt die Bundesrepublik erst über 15 Sozialattachés. Acht davon sind in Europa tätig, und zwar in Brüssel, Kopenhagen, Den Haag, London, Paris, Rom, Stockholm und Wien. Außerdem gibt es Sozialattachés u. a. in Washington, Neu Delhi und Pretoria. Den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in den Ländern mit raschem sozialen Umbruch sind bisher — außer in Nigeria — keine Sozialattachés bewilligt worden.

Während die Sozialattachés der Deutschen Botschaften bisher vor allem um die Betreuung, Hilfe und Beratung der deutschen Gastarbeitnehmer sowie der ausgewanderten Landsleute bemüht sind, sollen nunmehr ihre Funktionen erweitert werden. Es wird daran gedacht, sie zu Repräsentanten der deutschen Sozialpolitik zu machen, die den Entwicklungsländern beim Aufbau einer eigenen Sozialpolitik mit Rat und Tat zur Seite stehen sollen.

Der Bundeskanzler hat in einem Informationsgespräch mit evangelischen Journalisten am 8. November in Bonn die Meinung vertreten, zur Zeit sehe er keine zwingende Notwendigkeit für die verstärkte Entsendung von Sozialattachés. Dr. Adenauer ist offenbar der Meinung gewesen, daß diese Attachés nur beim Aufbau der Gewerkschaften in den Entwicklungsländern behilflich sein sollten. Er erklärte, daß diese Länder ja zunächst einmal selbst überlegen müßten, wie sie zu Gewerk-

schaften kommen wollten. Die Teilnehmer des Informationsgesprächs gewannen den Eindruck, daß der Bundeskanzler — durch Veröffentlichungen des DGB angeregt — Sozialattachés in den Entwicklungsländern nur mit gewerkschaftspolitischen Zielsetzungen in Einklang bringen kann. Dies scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß der DGB in den letzten Wochen häufig gefordert hat, die Sozialattachés aus dem gewerkschaftlichen Reservoir der Bundesrepublik auszuwählen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß viele aktive Gewerkschafter am ehesten in der Lage seien, auf Grund ihrer sozialpolitischen Erfahrungen wirkliche Hilfestellung zu geben. Dabei soll es allerdings nicht nur darum gehen, gewerkschaftliche Zielsetzungen zu verfolgen oder neue Gewerkschaftsbewegungen aufzubauen. Das Ziel ist nach übereinstimmender Auffassung interessierter Kreise die Belebung der sozialpolitischen Entwicklungen in den Ländern, die erst am Anfang einer eigenen Politik der sozialen Sicherung stehen.

„Sozialpolitik aus evangelischer Verantwortung“

Unter dem in der Überschrift genannten Thema hat die Hermann-Ehlers-Gesellschaft kürzlich eine Broschüre herausgegeben, die versuchen will, Leitlinien einer Sozialordnung nach evangelischem Verständnis aufzuzeigen. Die Hermann-Ehlers-Gesellschaft sammelt evangelische Christen, die Befürworter der Grundideen christlich-demokratischer Politik sind. Die nunmehr veröffentlichte Broschüre fordert u. a.:

1. Sozialpolitik muß im Einklang mit den konkreten gesellschaftlichen Zielsetzungen stehen und aus diesen abgeleitet werden. Ihr Ausgangspunkt ist brüderliches Eintreten für die allen Menschen zu gewährende Freiheit, aus Selbstverantwortung ihr Leben und das ihrer Familie zu gestalten, sowie tatkräftige Gemeinschaftshilfe zur Herstellung dieser Freiheit.
2. Sozialpolitik ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern aller am sozialen Leben Beteiligten.
3. Alle Bestrebungen, für breiteste Schichten Eigentum zu schaffen, sind nachhaltig zu unterstützen.
4. Die Familie ist als Kern und Grundlage des gesellschaftlichen Aufbaues stark zu fördern. Ein Ausgleich der

Familienlasten sollte vorwiegend durch Steuern und andere Abgaben erfolgen, während den Beihilfen nur eine ergänzende Funktion zukommt.

Staatliche Schlichtung bei Tarifstreitigkeiten?

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Paulssen, erklärte am 22. November in Bonn vor der Presse, gegenüber früheren Jahren seien die Arbeitgeber bereit, einer gewissen Einschränkung der Tarifautonomie zuzustimmen. Das werde u. a. daran deutlich, daß die Arbeitgeber einem FDP-Gesetzentwurf, der zur Zeit im Bundestag beraten wird und der den Sozialpartnern Schlichtungsverhandlungen vor dem Arbeitskampf als verbindlich vorschreibt, ausdrücklich zustimmen. Dr. Paulssen meinte allerdings hierzu, daß damit keinesfalls die Autonomie der Tarifpartner in Frage gestellt werde und daß selbstverständlich an die Einführung einer Zwangsschlichtung nicht gedacht werde. Der BDA-Präsident bezog sich in diesen Äußerungen vor allem auf Stellungnahmen der Industriegewerkschaft Metall,* die das Schlichtungsabkommen mit der Metallindustrie vor einiger Zeit gekündigt hatte, bisher aber nicht zur Aufnahme neuer Gespräche bereit ist.

Dr. Paulssen leitete mit dieser Pressekonferenz die Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ein, die am 24. November in Bad Godesberg abgehalten wurde. Die Frage der Schlichtung wurde in den Diskussionen der BDA-Mitgliederversammlung aufgegriffen und war heftig umstritten. Bundesarbeitsminister Blank verteidigte in einer Ansprache vor den Teilnehmern der Mitgliederversammlung nachdrücklich die freiwillige Schlichtung der Tarifpartner. Er meinte, daß man Solidarität nicht durch Regierungsmaßnahmen oder durch eine gesetzliche Regelung ersetzen könne. Damit müsse man schon in den eigenen Reihen fertig werden.

Auch der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, lehnte

in einer Erklärung vom 23. November in Köln jegliche Zwangsschlichtung ab. Die Erklärung Dr. Paulssens wiege umso schwerer, als sie fast gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Ulbricht'schen Entwurfes für ein Arbeitsgesetzbuch in der SBZ erfolge, mit dessen Hilfe die SED und der FDGB den Druck auf die mitteldeutschen Arbeitnehmer weiter verstärke. Der DGB sei wie bisher bereit, mit den Arbeitgebern über die Schlichtung zu sprechen. Allerdings lehne es der Deutsche Gewerkschaftsbund ab, solche Verhandlungen unter Heranziehung der „eigenartigen Rechenergebnisse des Industrieinstituts“ zu führen. Hier sei offensichtlich ein Propagandabedürfnis gewisser Herrn im Spiel.

Das Deutsche Industrieinstitut hat in seinem „Schnelldienst“ vom 2. Dezember erklärt, weder eine staatliche noch eine Zwangsschlichtung kämen für die Arbeitgeber in Frage. Allerdings schrieb das Institut, daß jeder Wirtschaftsbereich ohne Schlichtung damit rechnen müsse, nach dem Scheitern von Tarifverhandlungen einem Streik ausgesetzt zu werden. Betriebe eines solchen Wirtschaftsbereichs könnten also nicht langfristig disponieren. Dieser Umstand zeige, wie wichtig es sei, daß eine Schlichtungsvereinbarung die Tarifparteien zur erneuten Überprüfung ihrer Standpunkte auf anderer Ebene verpflichte.

Das Institut erläutert den Begriff „auf anderer Ebene“ allerdings nicht. Beobachter der sozialpolitischen Entwicklung weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß diese andere Ebene letzten Endes doch der Staat sein könne. Das Institut hat sich nämlich in der gleichen Veröffentlichung dafür ausgesprochen, daß die Schlichtung zur Pflicht gemacht werde. Da bei der gegenwärtigen Tarifautonomie der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände jede Vereinbarung nur durch gemeinsame Verhandlungen erreicht werden kann, sind also nur diejenigen Wirtschaftszweige oder Gewerkschaften zur Schlichtung verpflichtet, die gemeinsam eine Schlichtungsvereinbarung ausgehandelt haben. Eine generelle Pflicht zur Schlichtung könnte darum nur auf gesetzlichem Wege erreicht werden, was der Tarifautonomie widerspreche.

Für diesen „Sozialpolitischen Zeitspiegel“ wurde folgendes Material ausgewertet: DGB-Nachrichtendienst; „Pressenachrichten“ der Industriegewerkschaft Metall; KND-Kurznachrichtendienst der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; „Schnelldienst“ des Deutschen Industrieinstituts; „Informationen für Werknachrichten“ (IfW), herausgegeben vom Pressesausschuß Kammern/Verbände von Württemberg-Baden; „Evangelische Verantwortung“, herausgegeben vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU; Evangelischer Pressedienst (epd) und eigene Korrespondenzberichte. Die Redaktionsarbeiten wurden am 6. Dezember abgeschlossen.

Almosen

In bestimmten Abständen legt das Bundesministerium für Wirtschaft einen Bericht „Leistung in Zahlen“ über die Ergebnisse der Aufbauarbeit in der Bundesrepublik vor. Kürzlich ist die 6. Auflage (1960) dieser dankenswerten Veröffentlichung erschienen. Man kann ihr u. a. entnehmen, daß nach dem Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1959 folgende sichtbaren finanziellen Subventionen gezahlt wurden: für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1,924 Milliarden, für gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr) 0,252 Milliarden, für den Verkehr 0,197 Milliarden, für Begünstigungen im Wohnungswesen 0,371 Milliarden; für sonstige „Begünstigungen“ - insbesondere Zuschüsse zur Sozialversicherung - 5,578 Milliarden. Das sind insgesamt 8,322 Milliarden. Dazu traten nach Seite 58 des Berichtes „unsichtbare Begünstigungen“ im Steuerrecht von insgesamt 3,994 Milliarden und durch Zinsverzichte von weiteren 0,600 Milliarden. Auf Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und die gewerbliche Wirtschaft entfielen davon 2,262 Milliarden bzw. 0,060 Milliarden. Dies alles hat die Allgemeinheit aus Steuermitteln bezahlt.

Handwerk, Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe, allgemeine Rationalisierung wurden außerdem nennenswert gefördert. Bis Ende 1958 erhielt die mittelständische gewerbliche Wirtschaft unter unmittelbarem oder mittelbarem Einfluß des Bundes und der Länder öffentliche Finanzierungshilfen von 5,040 Milliarden. Die Allgemeinheit hat also in erheblichem Umfange für einzelne Sektoren unserer Wirtschaft gezahlt und Hilfe geleistet. Eine Durchleuchtung der Ausmaße der Selbstfinanzierung und der gewährten Steuerprivilegien seit 1949 würde natürlich noch ganz andere Größenordnungen dessen zutage fördern, was „die Allgemeinheit“ bezahlt bzw. mitbezahlt hat. Ausgerechnet der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ - einem von vielen wegen seiner wirtschaftspolitischen Sorgfalt und Gründlichkeit geschätzten Blatt - blieb es vorbehalten, diesen in der ganzen Welt üblichen und unvermeidbaren Zustand faktisch in Zweifel zu ziehen bzw. zu bestreiten. In der Ausgabe vom 20. 10. 1960 fanden wir nämlich auf der ersten Seite einen H. N. gezeichneten Artikel, dessen zweiter Absatz mit der lapidaren Feststellung beginnt: „Almosen ist alles, was die Allgemeinheit be-

zahlt.“ Sollte dieser hanebüchene Unsinn eine Norm-Aussage sein wollen, so stehen Wirtschafts-, Sozial-, Gesellschafts- und Finanzpolitik allerdings vor einer Änderung bzw. Aufhebung wesentlicher Begriffe, die bisher bei aller Dehnbarkeit und Elastizität sozialökonomischer Formulierungen als gültig und unantastbar galten. Der Grüne Plan, der Lastenausgleich für Vertriebene und Flüchtlinge, die Kriegsopferversorgung, die Strukturhilfen für den Schiffsbau, für die Nöte des Bergbaus oder für die Entwicklungsländer würden dann nämlich „Almosen“ sein.

So etwas sollte die FAZ um ihres guten Rufes willen nicht drucken. Aber vielleicht hat auch H. N. an diese Folgen der Aussage nicht gedacht. Worauf der Artikel nämlich dann abstellt, sind die „neu zu beschließenden Almosen für Kinder“. „Almosen ist alles, was die Allgemeinheit bezahlt. In diesem Sinne sind natürlich auch die Kinderbeihilfen Almosen, wie kleidsame Worte man auch findet, um diesen Tatbestand zu umschreiben.“

Das Wort Almosen kommt aus dem Griechischen und wandelt sich in das kirchenslateinische eleemosyne. Daraus werden Almosen und dann Almosen. Und darunter wird die Frucht der Pflicht christlicher Nächstenliebe verstanden - das Betätigen der übernatürlichen Tugend der christlichen Gottesliebe, der caritas. Sie erstrebt „wesensnotwendig den Liebes- und Barmherzigkeitserweis gegen den Nächsten“. (G. Dümpelmann im „Lexikon für Theologie und Kirche“, Band 1/1957). Nicht nur die evangelische Sozialethik, sondern auch die katholische Moraltheologie weisen der sozialpolitischen Gesetzgebung die Ebene der Gerechtigkeit an; jene Ebene, die allenfalls die alltägliche Scheidemünze der Nächstenliebe ist. In der Sozialpolitik (und in der Familienpolitik) handelt es sich um die Erfüllung ethischer Pflichten und sozialstaatlicher Rechtspflichten. Sie ziehen die nötigen Folgerungen aus strukturellen Wandelserscheinungen der Gesellschaft und der Wirtschaft. Das Almosen aber liegt auf einer anderen Ebene als die Gerechtigkeit. Wer die gesellschaftspolitischen Bezüge unter den Begriff des Almosens zu pressen versucht - vielleicht sogar noch in einem unfairen Ton - macht sich verdächtig. Es gibt eine Grenze von Begriffsverschiebungen, hinter der die Möglichkeit des sachlichen Gespräches aufhört.

Martin Donath

Informationen und Berichte

EVANGELISCHE SOZIALAKADEMIE

Politik und christliche Existenz

Meinungsaustausch evangelischer Sozialsekretäre in Friedewald

Die evangelischen Sozialsekretäre stehen heute in einem doppelten Engagement und in einer doppelten Loyalität, durch die sie aufs schwerste belastet werden. Diese Spannung gelte es aber auszuhalten, meinte der Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft evangelischer Sozialsekretärinnen und Sozialsekretäre“ (ASS), Fritz Grobe (Essen), in einem Einleitungsreferat zur Jahresversammlung der ASS 1960 in Friedewald. Grobe, der vor über 50 Sozialsekretärinnen und Sozialsekre-

tären sprach, die für die Zeit vom 14. bis 17. November in die Evangelische Sozialakademie nach Friedewald gekommen waren, um hier Erfahrungen und Meinungen auszutauschen, führte wörtlich aus: Der evangelische Christ ist gleicherweise der Kirche (dem Glauben) und der Welt verpflichtet. Die Mitgliedschaft in der Bürgergemeinde darf für ihn nie eine solche nebenbei und linker Hand sein. Dieses unauflösbare doppelte Engagement fordert zugleich doppelte Loyalität.“

Die Christen in der Politik nicht allein lassen!

In welcher Lage befinden sich die Sozialsekretäre, die zu einem solchen doppelten Engagement auffordern?

Sie bejahen die Demokratie und den bestehenden Rechtsstaat, sie bejahen die Parteien und Verbände. Sie fordern deshalb die von ihnen erreichten evangelischen Christen, überhaupt alle, mit denen sie Kontakt haben, zur Mitgliedschaft und zu aktiver Mitarbeit auf. Sie können dies oft nur tun, weil sie selbst aktiv mitarbeiten und selbst unter der Last des doppelten Engagements stehen. Einige Gründe, die zu dieser Haltung geführt haben, sehen so aus:

- a) Keine Partei sollte ohne Christen sein, weil ein evangeliumsgehorsamer Christ ein unentbehrliches Gut in seine Partei einbringt.
- b) Christen wissen etwas von der Vorläufigkeit dieser Erde. Deshalb sind sie nicht nur, sondern auch Parteimitglied.
- c) Christen wissen etwas von dem Sinn des Ganzen, sie beachten darum die Rangordnung der Gesamt- und der Gruppeninteressen.

- d) Christen wissen etwas von der Grundstruktur des Menschen. Sie verhindern die Festlegung der Parteien, in denen sie mitwirken, auf weltanschauliche Dogmen.

Christen sind also nüchterne Mitarbeiter und Mitglieder. Ihre Aktivität schließt auch das Amt der Versöhnung mit ein. Das heißt nicht, daß sie dauernd mit einer „christlichen Ölkanne“ durch die weltlichen Versammlungen laufen und sich als taktische Wellenreiter dann der stärksten Gruppe anschließen. Christen wissen, daß die Versöhnung ein neues Miteinander möglich macht und den anderen leben läßt.

Fritz Grobe wies nach dieser Grundlegung unmißverständlich darauf hin, daß dies alles graue Theorie bleibt und bleiben muß, wenn die einzelnen evangelischen Christen in der politischen und gesellschaftspolitischen Formation weiterhin so allein gelassen werden wie bisher.

Die von ihrer Gruppe, Gemeinde und Kirche allein gelassenen Christen treiben unaufhaltsam darauf zu, daß

- sie sich der Partei mit Haut und Haaren verschreiben,
- der Glaube der Politik nachgeordnet wird,
- das Amt der Versöhnung in den Hintergrund tritt!

Die hinter uns liegenden Jahre der Erfahrung auf politischem und gesellschaftspolitischem Gebiet lassen den Schluß zu, daß der allein gelassene Christ

in seiner Formation kein Christ mehr sein kann. Jeder braucht die Tuchfühlung mit seinen Brüdern, um christlich existieren zu können.

Die in der Bundesrepublik eingesetzten Sozialsekretärinnen und Sozialsekretäre sehen diese Not, sie helfen an dieser Stelle oft mehr, als ihre Dienstanweisungen es vorsehen. Evangelische Gruppen, Gemeinschaften und Organisationen müßten so gebaut sein, daß sie in diese Situation hineinragen.

Die ASS als Bruderschaft

Die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Sozialsekretärinnen und Sozialsekretäre versteht sich in erster Linie als eine Bruderschaft, die über die Grenzen der einzelnen Landeskirchen hinausgeht. Hier wird bewußt das Ganze, das Gemeinsame christlicher Existenz gesehen. Und von hierher erhalten die gesellschaftspolitischen Bemühungen der evangelischen

Sozialarbeit in der Bundesrepublik ihr Gewicht. Die ASS möchte ein existentielles Beispiel für eine versöhnte Gemeinschaft innerhalb der Kirche sein.

Kennzeichnend hierfür ist zum Beispiel die Zusammensetzung des ASS-Vorstandes. Männer und Frauen der verschiedensten parteipolitischen Richtungen arbeiten hier zusammen.

Geschäftsbericht und Neuwahlen

Die Mitglieder- und Freundesliste der ASS umfaßt zur Zeit 110 Namen, davon haben 73 die Mitgliedschaft erworben. Die Zahl 110 teilt sich außerdem wie folgt auf: 37 Frauen und 73 Männer, 29 sind nicht direkt als Sozialsekretäre eingesetzt, sie stehen im Dienst als Jugendbildungssekretäre, Gemeindehelferinnen, Sozialreferenten u. a. Neun Sozialsekretärinnen und Sozialsekretäre sind auf Landes- bzw. Bundesebene tätig.

Der ASS-Vorstand trat nach Ablauf der dreijährigen Wahlperiode zurück, für die nächsten drei Jahre wurden gewählt:

Fritz Grobe (Sozialsekretär der drei Synoden in Essen/Ruhr) zum 1. Vorsitzenden; *Erwin Ortmann* (Sozialsekretär an der Evangelischen Sozialakademie Friedewald) zum Geschäftsführer; *Minna Wölke* (Sozialsekretärin in der Landeskirche Hannover), *Ilse Potschka* (Sozialsekretärin in Württemberg) und *Gerhard Schlosser* (Bundessozialsekretär der Evangelischen Männerarbeit) zu Beisitzern. Der neu gewählte Vorstand nahm die Wahl an, er hat in den kommenden drei Jahren die ASS auch gegenüber den Landeskirchen zu vertreten.

Themen der praktischen Arbeit

Im Rahmen der Jahrestagung referierten E. Ortmann, Friedewald, über die letzte Sitzung der Sozialkammer der EKID, die sich mit dem Amt des Sozialsekretärs befaßte, und G. Schlosser, Hockenheim, über die Struktur der evangelischen Sozialarbeit. In beiden Referaten klang die Besonderheit der Sozialsekretärsarbeit an. Seit etwa zehn Jahren arbeiten jetzt Frauen und Männer als Sozialsekretäre im kirchlichen Auftrag. Dieser neue Beruf ist ein ausgesprochener Spätberuf. Dies

gilt nicht nur, weil er mit und durch Angehörige der aus dem Zweiten Weltkrieg zurückkehrenden Generation geformt und aufgebaut wurde, sondern alle Erfahrungen weisen aus, daß der Sozialsekretär eine gewisse Lebens- und Berufserfahrung haben muß. Schon die seelsorgerlichen Fragen und Probleme, die an die Sozialsekretäre herangetragen werden, zeigen, daß etwa Zwanzigjährige hier scheitern müßten, weil sie einfach noch nicht die erforderliche Lebensreife besitzen.

Die Entwicklung in Bezug auf die Zahl der Sozialsekretäre im Bereich einzelner Landeskirchen ist sehr unterschiedlich. So haben beispielsweise die Landeskirchen Bayern und Kurhessen-Waldeck im Blick auf die konfessionelle und industrielle Struktur ihrer Gebiete verhältnismäßig

mehr Sozialsekretäre angestellt als die westfälische Kirche mit dem Schwerpunkt Ruhrgebiet. — Die Arbeit und Aufgabe der Sozialsekretäre wächst mit der Entwicklung der modernen Gesellschaft.

Erwin Ortman

EVANGELISCHE AKTIONSGEMEINSCHAFT FÜR FAMILIENFRAGEN

1.

Oberkonsistorialrat Ranke in sein Berliner Amt eingeführt

Am 1. November wurde Oberkonsistorialrat Hansjürg Ranke in das Amt des Konsistorialpräsidenten der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg eingeführt. Oberkonsistorialrat Ranke ist seinerzeit bei der Gründung der Ev. Aktionsgemeinschaft für Familienfragen maßgebend beteiligt gewesen und hatte bis jetzt in Personalunion drei Werke in ihr vertreten: Kirchenkanzlei, Kirchentag und Sozialkammer der EKD. Als zweiter Präsident des Deutschen Familienverbandes gehörte er dem Führungsgremium der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen an und konnte — durch seinen Amtssitz in Bonn und seine Verbindungen zu den Bundesministerien — wesentlich zur Förderung der Arbeit beitragen.

Die besten Wünsche begleiten Konsistorialpräsident Ranke, der auch weiterhin der Aktionsgemeinschaft angehört, in seinen neuen Berliner Wirkungskreis.

2.

Pfarrer Dr. Renkewitz zweiter Präsident des Deutschen Familienverbandes

Als Nachfolger von Oberkonsistorialrat Ranke wurde Pfarrer Dr. Heinz Renkewitz, Studienleiter an der Ev. Akademie Arnoldshain, zum zweiten Präsidenten des Deutschen Familienverbandes ernannt. Dr. Renkewitz ist auch Mitglied der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, in der er seit ihrer Gründung den Leiterkreis der Evangelischen Akademie vertritt. Er ist den Lesern der MITARBEIT sowohl durch seine

theologischen Grundsatzbeiträge als auch durch die Berichte über internationale Familienkonferenzen bekannt, an denen er als Vertreter der Aktionsgemeinschaft teilgenommen und aktiv mitgearbeitet hat.

Die Aktionsgemeinschaft wünscht Dr. Renkewitz auch an dieser Stelle viel Freudigkeit und Kraft für sein neues verantwortungsvolles Amt und hofft auf eine weitere gute und fruchtbare Zusammenarbeit.

3.

Familienorganisationen für Kindergeld ab 2. Kind

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen trat unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Hutter (Familienbund der Deutschen Katholiken) am 22. Oktober in Frankfurt zu einer Sitzung zusammen, bei der in erster Linie die allgemeine familienpolitische Situation, insbesondere der Stand der Kindergeldverhandlungen erörtert wurde. Seitens der Evangelischen Aktionsgemeinschaft nahmen an den Beratungen Frau Präsidentin Welter, Diplom-Volkswirt Donath und Frau Dr. Grohmann teil. Es wurde von den Familienverbänden folgende EntschlieÙung gefaßt:

EntschlieÙung

der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen vom 22. 10. 1960

Die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen stellt erneut fest, daß sie an ihrer ständig vertretenen Auffassung festhält, wonach die Bundesrepublik hinsichtlich der Zahlung von Kindergeld ab zweitem Kind dem Beispiel der übrigen Länder Europas

endlich folgen sollte. Sie ist mit jeder praktischen Lösung einverstanden, die noch während der laufenden Legislaturperiode des Bundestages generell jedes zweite Kind in den Familienlastenausgleich einbezieht. Die deutschen Familienorganisationen erwarten einen entsprechenden Beschluß des Bundestages in allernächster Zeit.

Auf der Tagesordnung stand weiter — außer verschiedenen organisatorischen Fragen — die Vorplanung einer gemeinsamen Kundgebung der Familienorganisationen. Als Ort wurde Essen ins Auge gefaßt; der Zeitpunkt ist nunmehr auf den 17. Januar 1961 festgelegt worden. Neben einem Wissenschaftler sind bei dieser Kundgebung auch Vertreter der beiden Kirchen als Redner vorgesehen. Für die organisatorischen Vorbereitungen wird ein Organisationsausschuß gebildet, der unter der Leitung des zur Zeit federführenden Verbandes — Familienbund der Deutschen Katholiken — die nötigen Vorarbeiten in Angriff nehmen wird.

4.

Auswertung des Weltfamilienkongresses

Das Deutsche Nationalkomitee der UIOF trat am Nachmittag des gleichen Tages — 22. Oktober — in Frankfurt zusammen und erörterte u. a. Fragen, die sich nach dem Weltfamilienkongreß in New York ergeben hatten.

Ein Bericht über den Kongreß wurde von Diplom-Volkswirt Donath erstattet, dem es dabei vor allem auch darum ging, einen Einblick zu geben in die Familiensituation in USA: Fragen der Frühehe, Familienfreundlichkeit, soziale Einstellung zur Familie, „Elternhaus und Schule“. (Ein zusammenfassender Bericht speziell zum Thema „Elternhaus und Schule in Amerika“ aus der Feder von Frau Käte Kolkmann ist in der November-Nummer der MITARBEIT veröffentlicht.)

Es wurde beschlossen, der UIOF eine Vorschlagsliste für die Benennung von „Korrespondierenden Mitgliedern“ einzureichen. Die Mitgliedsverbände des Nationalkomitees werden aus ihren Reihen Persönlichkeiten benennen, die entweder von der Sache her wertvolle Beiträge zur internationalen Familienpolitik leisten oder aber mit finanziellen Beiträgen helfen könnten.

Es wurde gefordert, das Direktorium der UIOF möge auf seiner nächsten Sitzung beschließen:

1. den schon wiederholt vorgetragenen Bitten zu entsprechen und in der Zeitschrift „Familles dans le monde“ entweder Beiträge in deutscher Sprache zu bringen oder eine deutsche Einlage, um das Interesse der deutschsprachigen Mitglieder zu verstärken;
2. monatlich ein Mitteilungsblatt als Europäische Information in deutscher Sprache herauszugeben und an die Mitglieder der UIOF zu verschicken.

Das nächste große Treffen der Familienverbände auf internationaler Ebene ist für die zweite Juli-Woche 1961 vorgesehen. Als Tagungsort wurde Madrid bestimmt.

5.

Vertreter der Familienverbände beim Bundesfamilienminister

Anläßlich des 60. Geburtstages des Bundesfamilienministers, Dr. Franz-Josef Wuermeling, überbrachten Vertreter aller vier Familienorganisationen die Glückwünsche ihrer Verbände. Minister Wuermeling nahm dieses inoffizielle Zusammensein mit den Familienverbänden, an dem auch die nächsten Mitarbeiter des Ministers teilnahmen, zum Anlaß, um seine Gedanken zu einigen zur Zeit besonders aktuellen familienpolitischen Fragen — vor allem in Bezug auf die neue Situation bei den Kindergeldverhandlungen — zum Ausdruck zu bringen.

An dem Empfang nahmen von der Evangelischen Aktionsgemeinschaft Vizepräsident Donath und Frau Dr. Grohmann teil. —

Die Beratungen über die Einbeziehung des zweiten Kindes in die Kindergeldgesetzgebung und über etwaige Änderungen des Aufbringungsverfahrens sind inzwischen eingeleitet worden. Von Bedeutung wird in dem Zusammenhang eine Besprechung mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sein, zu der außer den Familienorganisationen noch Vertreter der Arbeitgeberverbände, der freien Berufe, des Handwerks, der Gewerkschaften und des Bauernverbandes geladen sind. Über das Ergebnis dieser Besprechung wird noch berichtet werden.

6.

Internationale Familienkundgebung in Konstanz

Am 8. Oktober veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft der baden-württembergischen Familienorganisationen (Deutscher

Familienverband mit Bund der Kinderreichen Deutschlands, Familienbund der Deutschen Katholiken und Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen) eine internationale Kundgebung in Konstanz am Bodensee, an der neben Vertretern der Bundesregierung, der Landesregierung von Baden-Württemberg und der beiden Kirchen auch Beauftragte aus Belgien und Österreich teilnahmen.

Diplom-Volkswirt Donath hielt bei der Abendveranstaltung im Konzilgebäude ein Grundsatzreferat über Familienpolitik, in dem er sich mit großer Entschiedenheit für die Rechte, den Schutz und die Förderung der Familie in einer sozialen Marktwirtschaft und in einem modernen sozialen Rechtsstaat einsetzte. Dieses Referat ist in der Novembernummer des „Fundament“ auszugsweise wiedergegeben.

Der Abend-Kundgebung war ein Empfang beim Oberbürgermeister der Stadt Konstanz sowie eine Pressekonferenz mit lebhafter Aussprache zwischen Presse und Familienverbänden vorausgegangen.

7.

Internationale Schulausstellung in Dortmund

„Schule von gestern, heute und morgen“ — so hieß die Internationale Schulausstellung der Stadt Dortmund, die vom 18. bis 27. November im Westfalengelände gezeigt wurde. An der Ausstellung haben sich mehrere Nationen nicht nur durch Ausstellungsstücke, sondern auch durch die praktische Darstellung ihrer verschiedenen Unterrichtsformen beteiligt.

In einer der größten Abteilungen bot die Evangelische Kirche einen umfassenden Überblick über ihr gesamtes Erziehungs- und Schulwesen, beginnend beim Kindergarten bis hin zur Erwachsenenbildung. Die Kirche will damit zugleich ihre pädagogische Verantwortung vor der Öffentlichkeit veranschaulichen und darüber hinaus pädagogisch interessierten Besuchern eine Fülle von Anregungen zur zeitgemäßen Erziehung unter dem Evangelium bieten.

Auf 25 großflächigen Fotowänden sowie mit Modellen, grafischen Arbeiten und Schülerzeichnungen wurden die verschiedenen Bereiche dieser Arbeit dargestellt. Die Faksimileausgabe der ältesten Lutherbibel im Empfangsraum war der Ausstrahlungspunkt für die weiteren Darstellungen. Man erfuhr beim Betrachten der Bilderreihen das Wesentliche über die

Arbeit in kirchlichen Schulen und Sonderschulen, über die Formen der Verkündigung in Schulen, angefangen von der Morgenandacht bis hin zur zeitnahen evangelischen Unterweisung. Andere Abteilungen unterrichteten in Bildern und Zahlen über sämtliche Ausbildungsstätten der Evangelischen Kirche in Deutschland für pflegerische und sozialpädagogische Berufe, über evangelische Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit sowie über die Erwachsenenbildung in Evangelischen Akademien, Mütterschulen, Sozialseminaren und Landvolkshochschulen. Eine besondere Schauwand war dem Diakonischen Jahr gewidmet.

Mit der Planung des Ausstellungsteiles der Evangelischen Kirche war von der EKD das Comenius-Institut in Münster (Westfalen) beauftragt worden.

8.

Zur Pädagogik des Fernsehens

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Aktion Jugendschutz hat eine Schrift herausgegeben „Schutz und Geleit in der Pädagogik des Fernsehens“, die von Dr. Erich Wasem, Professor an der Pädagogischen Hochschule der Universität München, erarbeitet wurde.

Diese Schrift knüpft an die Münchner Arbeitstagung im Februar 1960 „Kinder und Jugend vor dem Bildschirm“ an. In gemeinsamer Sorge hatten sich damals die Vertreter der beteiligten Stellen der Verbände getroffen, um die Auswirkungen des Fernsehschirmes auf unsere Familien und auf die Kinder und Jugendlichen durchzusprechen. Auch die EAF war bei diesen Beratungen vertreten gewesen. „Dieses Gespräch“, meint die Aktion Jugendschutz, „darf nicht verstummen; denn das Phänomen des Fernsehschirmes erobert immer mehr unsere Familien und nimmt immer größere Ausmaße an. In nicht allzulanger Zeit werden wir mit einem zweiten und dritten Fernsehprogramm rechnen müssen“.

Die Aktion Jugendschutz bittet herzlich darum, dafür Mitsorge zu tragen, daß die genannte Schrift in die Hand von möglichst vielen Eltern und Erziehungskräften gelangt, damit der Erwachsene es versteht, das Fernsehen zum Besten der ihm anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu verwenden.

Bestellungen sollen direkt an den Verlag (Hoheneck-Verlag, Hamm) gerichtet werden.

9.

Literaturhinweise

- a) Das Deutsche Gesundheitsmuseum — Zentralinstitut für Gesundheitserziehung — hat in Form eines Gesundheitsalphabets eine bunte Bilderfolge herausgebracht, die insbesondere Kinder im ersten Lesealter mit der Gesundheitserziehung vertraut machen soll. Das Alphabet ist in munteren Versen abgefaßt und mit ansprechenden Bildern versehen.

Es wurde hier der Versuch gemacht, unseren Kindern Unterhaltung zu bieten, sie aber auch — so ganz nebenbei — zu belehren.

Ein Kartenspiel in Form des Schwarzen Peters mit dem Titel „Der Schmutzfink“ soll die Möglichkeit bieten, die Grundregeln hygienischen Verhaltens spielerisch zu erlernen.

Im Blick auf das bevorstehende Weihnachtsfest verweisen wir gerne auf diese Gelegenheit zu einer unaufdringlichen pädagogischen Einwirkung auf dem Gebiete der Gesundheitserziehung:

„Lustiges Gesundheitsalphabet“

(Ein Bilderbuch für kleine Leute) DM 6.80

„Der Schmutzfink“

(Ein Kartenspiel nach Art des Schwarzen Peters)

DM 1.40

Jungefermannsche Verlagsbuchhandlung, Paderborn.

Bei größeren Bestellungen sind Mengenrabatte möglich.

- b) **Die Struktur der Familie.** Von Prof. William Goode (Columbia-Universität New York) mit einem Geleitwort von Prof. Dr. René König, Köln. Westdeutscher Verlag, Opladen 1960.

- c) **Wie sage ich's meinem Kinde?** Aufklärung oder Geleit? Von Prof. Dr. Gerhard Pfahler, Tübingen. Katzmann-Verlag, Tübingen.

Hinweise zu den Autoren dieses Heftes*)

Direktor Erich Stolt ist Geschäftsführer des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen und des Verbandes der Arbeiter-Ersatzkassen. Anschrift: Hamburg-Großflottbek, Cranachstraße 54.

Lic. theol. Walter Hunzinger ist Pfarrer in Wiesbaden. Anschrift: Wiesbaden, Taunusstraße 62.

Knut W. Backe ist Pfarrer an der St.-Johannis-Gemeinde in Würzburg. Anschrift: Würzburg, Haugerglasisstraße 9.

Pfarrer Hugo Brand ist Beauftragter der pfälzischen Landeskirche für die Arbeit „Kirche im Dorf“. Anschrift: Hochstätten/Pfalz.

*) Wir beschränken unsere Hinweise auf diejenigen Autoren, die wir unseren Lesern noch nicht bekannt gemacht haben.

Der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen wir die Prospektbeilage des Verlages Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen.

